

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
= Berlin D17, Rüdersdorfer Straße 60 =

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Zum Licht empor mit klarem Blick,
Ein Vorwärts stets, nie ein Zurück,
Ein frohes Hoffen, kühnes Streben
Und schnelles Handeln auch daneben —
Dann hat das Dasein Zweck und Ziel,
Wer Großes will, erreicht auch viel.
Lindenbergs.

Ins Schwarze getroffen

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften schreibt in seiner neuesten Nummer:

„In zahllosen Artikeln sozialdemokratischer und bürgerlicher Blätter wird den christlichen Gewerkschaften zum soundsovielsten Mal ihr Ende prophezeit. Das Hauptorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften erläßt an die katholischen Arbeiter bereits die Einladung zum Uebertritt in die sozialistischen Organisationen. All das ist indes nicht entscheidend; entscheidend ist, was die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften selbst tun. Und diese haben auf das Getöse der letzten Wochen die einzig richtige Antwort gegeben: sie haben in verschiedenen Kreisen eine systematisch vorbereitete Hausagitation durchgeführt und in vierzehn Tagen den Mitgliederbestand der christlichen Gewerkschaften um über 6000 gesteigert. Das ist die wirksamste Abwehr gegenüber den ewigen Quengelleien, womit man die christlichen Gewerkschaften unaufhörlich zu beunruhigen sucht: man redet nicht mehr, man handelt. Verschiedene Tageszeitungen, selbst solche, die den christlichen Gewerkschaften freundlich gesinnt sind, hielten die Zuschauerrolle, die diese während der letzten Kampfkampagne beobachtet haben, für verfehlt. Das Verhalten der leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften war indes von sehr einfachen Erwägungen diktiert. Die Grundlagen der christlichen Gewerkschaften sind in mehr als jahrzehntelangem Ringen klar und deutlich herausgearbeitet und in dem Kampfsjahre 1912 in nicht weniger als fünf Erklärungen endgültig festgelegt worden. (2. März, auf einer Versammlung in Köln, 3. und 19. Juni gelegentlich der Pfingstvorgänge, 7. Oktober und 26. November auf den Kongressen in Dresden und Essen.) Neues haben die christlichen Gewerkschaften nicht zu sagen und altes immer wieder erneut auszusprechen, erscheint der Leitung der christlichen Gewerkschaften sehr überflüssig. In der letzten Entschliessung des Essener Kongresses wird in den Schlusssätzen ausgesprochen: „Die christlichen Gewerkschaften sind mit dem wirtschaftlichen und nationalen Leben Deutschlands aufs engste verknüpft; sie sind die einzige deutsche Gewerkschaftsorganisation, die sich neben der sozialdemokratischen Bewegung entscheidende Bedeutung verschafft hat; sie sind nach deutschen Verhältnissen eine soziale, wirtschaftliche und nationale Notwendigkeit. Staat und Volksgemeinschaft haben ein berechtigtes Interesse daran, daß nicht die antinationale und christentumsfeindliche Sozialdemokratie die allein herrschende Monopolstellung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung erlangt. An Charakter, Organisationsform und künftiger Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften wird aus allen diesen Erwägungen heraus nichts geändert werden. Wir arbeiten weiter wie bisher.“ Und dabei bleibt es!“

Das trifft den Nagel auf den Kopf. Wir unterwerfen uns schon lange danach. Wir „Sich Berlin“ froh, dann kriegt er eins auf sein Ger-

leumdermaul, im übrigen stören wir uns an irgend welche Erörterungen nicht mehr. In Freiheit und Unabhängigkeit sind wir stark geworden, und wir haben große Erfolge für unsere Mitglieder erzielt. Darauf sind wir stolz. Diese Erfolge aber berechtigen uns mit umso größerer Hoffnung in die Zukunft zu schauen.

Wir haben in der vorigen Nummer die uns bevorstehende Aufgabe gezeichnet. Das kommende Frühjahr erfordert unseren ganzen Mann in der Agitation. Wir wollen aber auch den übrigen christlichen Verbänden gegenüber nicht ins Hintertreffen geraten. Auf der ganzen Linie vorwärts, das muß unsere Parole sein. Wir reden nicht mehr, wir handeln.

Neue Normal-Unfallverhütungsvorschriften

I.

Bekanntlich müssen die meisten Berufsgenossenschaften, u. a. auch die Baugewerks-Berufsgenossenschaften auf Grund der Reichsversicherungsordnung nach deren Inkrafttreten neue Unfallverhütungsvorschriften erlassen. Um hinsichtlich dieser Vorschriften eine möglichst große Einheitslichkeit zu erzielen, hat bei dieser Gelegenheit der Verband der Deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften nach dem Beispiele einiger anderer Gruppen verwandter gewerblicher Berufsgenossenschaften Normal-Unfallverhütungsvorschriften herausgegeben. Die Baugewerkszeitung schreibt in ihrer Nummer 12, vom 11. Febr. darüber:

„Im Baugewerbe selbst und bei den in Frage kommenden Behörden wurde es bislang als Mangel empfunden, daß die Unfallverhütungsvorschriften der zwölf über Deutschland verteilten Baugewerks-Berufsgenossenschaften so wenig übereinstimmen. Für einige Gewerkschaften war die Verschiedenheit der Vorschriften sogar so schwerwiegend, daß aus den Kreisen der Unternehmer Klagen über Konkurrenzschwierigkeiten laut wurden. Es lag daher der Gedanke nahe, bei der durch das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung notwendig gewordenen Revision der Unfallverhütungsvorschriften eine möglichst gleichmäßige Gestaltung bei allen Baugewerks-Berufsgenossenschaften anzustreben. Dieser Vorschlag, der teilweise aus den Kreisen der Genossenschaften und teilweise auch vom Reichsversicherungsamt kam, fand zwar in der ersten Zeit nicht bei allen Beteiligten eine günstige Aufnahme, da man in einer schematischen Gleichgestaltung aller Vorschriften einen Eingriff in die örtlichen Gebräuche zu sehen glaubte. Die Beratung der Normal-Unfallverhütungsvorschriften aber bewies das Gegenteil, und zeigte, daß bei einem Entgegenkommen und Nachgeben von allen Seiten sich wohl eine einheitliche Basis finden ließ. Der Verband der Deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften stellte einen ersten Entwurf der Normal-Unfallverhütungsvorschriften am 24. August 1912 auf.“

Dieser Entwurf wurde in mehreren Sitzungen von den Vorständen der Deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften und teilweise von dem Vorstande des Verbandes dieser Berufsgenossenschaften wiederholt abgeändert und jedesmal den Verwaltungen der Berufsgenossenschaften zugesandt, damit diese in den Sitzungen der Genossenschafts- und Sektionsvorstände dazu Stellung nehmen konnten. Ende August 1913 waren die Verhandlungen soweit gediehen, daß dem Verbandstage der Deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften in Leipzig am 6. September 1913 die Normal-Unfallverhütungsvorschriften zur Beschlußfassung vorgelegt werden konnten. Aber auch hier sollten sie noch nicht ihre endgültige Annahme finden, sondern es wurde beschlossen, die Normal-Unfallverhütungsvorschriften zwar im allgemeinen anzunehmen, aber unter der Bedingung, daß noch einmal die Vertreter verschiedener Gewerkschaften gehört werden sollten. Dies geschah im Oktober vorigen Jahres, und so wurde Gelegenheit gegeben, daß die Vertreter verschiedener Fachverbände, die auch vorher wohl schon gehört waren, noch einmal ihre Wünsche vorbringen konnten. Nach einer reibungslosen Ueberarbeitung des Entwurfs im Dezember 1913 sind die Normal-Unfallverhütungsvorschriften jetzt in ihrer endgültigen Fassung herausgegeben worden.

Die Normal-Unfallverhütungsvorschriften stellen auf dem Gebiete der Unfallverhütung eine wesentliche Erweiterung der Vorschriften selbst und damit auch des Arbeiterschutzes dar. Es sind daher in diese Vorschriften eine Reihe neuer Bestimmungen für die durch die moderne Technik erweiterte Bauweise und auch für die durch die Reichsversicherungsordnung bedingten Neuerungen aufgenommen worden. In folgendem wollen wir nun zunächst kurz die durch die Reichsversicherungsordnung bedingten Neuerungen behandeln.

In erster Linie mußte dem § 913 der Reichsversicherungsordnung, durch welchen die Uebertragung der Pflichten des Unternehmers auf Betriebsleiter, Aufsichtspersonen und andere Angehörige des Betriebes zugelassen wird, Rechnung getragen werden. Die Normal-Unfallverhütungsvorschriften enthalten hierüber die Bestimmung, daß vom Unternehmer und dem haftbar gemachten Betriebsangehörigen eine Erklärung zu unterzeichnen ist, wenn gemäß § 913 der Reichsversicherungsordnung die Pflichten, die dem Unternehmer durch die Unfallverhütungsvorschriften auferlegt werden, Betriebsleitern usw. übertragen sind. Die Erklärung, die Namen, Stand und Wohnung desjenigen, dem die Verpflichtung übertragen worden ist, genau enthalten muß, ist dem technischen Aufsichtsbeamten auf Verlangen vorzulegen. In einem anderen Paragraphen der Normal-Unfallverhütungsvorschriften hat der § 848 Abs. 4 des genannten Gesetzes Berücksichtigung gefunden. Die Vorschriften enthalten hierüber die Bestimmung, daß in Betrieben, in denen mehr als 25 fremdsprachige Arbeiter beschäftigt sind, die Unfallverhütungsvorschriften in der betreffenden fremden Sprache bekanntgegeben werden müssen. Entsprechend den neuen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung mußten auch die Strafbestimmungen für Betriebsunternehmer und Versicherte geändert werden.

Die fortschreitende Technik in der Industrie und im Gewerbe machte gleichfalls neue Vorschriften erforderlich. So wurden ausführliche Bestimmungen über Arbeiten an elektrischen Freileitungen aufgenommen. Dieselben sagen im wesentlichen, daß in der Nähe von Starkstromleitungen weder gearbeitet werden darf, noch Gerüste aufgestellt werden dürfen; auch wird den Bauarbeitern jegliche Arbeit an solchen Freileitungen untersagt. Diese darf vielmehr nur von Arbeitern ausgeführt werden, die mit derartigen Einrichtungen vertraut sind. Anlaß zu dieser Bestimmung gaben die zahlreichen Unfälle, die durch das Berühren elektrischer Freileitungen hervorgerufen wurden. Die Bestimmungen selbst kamen nach langen Verhandlungen mit Vertretern des Reichsversicherungsamts, der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik, dem Verbande Deutscher Elektrotechniker und den Baugewerks-Berufsgenossenschaften zustande. Eine weitere Neuerung ist in den ausführlichen Vorschriften über Beton-, Steineisen- und Eisenbetonarbeiten zu erblicken. Wenn diese Bestimmungen vielleicht auch zunächst etwas zu ausführlich erscheinen mögen und beinahe heutzutageigen Vorschriften gleichkommen, so war eine derartige Regelung der Unfallverhütung auf Betonarbeiten dennoch notwendig, um die zahlreichen Unfälle bei Betonarbeiten möglichst einzuschränken. Die Eisenbetonarbeiten nehmen jetzt schon im Baugewerbe einen erheblichen Raum ein und werden in Zukunft noch viel mehr in Aufnahme kommen. Es war daher notwendig, durch möglichst lückenlose Bestimmungen diese Arbeiten in den Kreis der Unfallverhütungsvorschriften einzubeziehen. Die Vorschriften selbst wurden in mehreren Sitzungen von Mitgliedern des Reichsversicherungsamts, des Deutschen Betonvereins, des Reichsausschusses für Eisenbeton (Preussisches Ministerium der öffentlichen Arbeiten), des Königlich Preussischen Materialprüfungsamts und der Baugewerks-Berufsgenossenschaften beraten. Es hat zwar im Laufe der Beratungen nicht an Angriffen gegen die Ausdehnung der neuen Vorschriften gefehlt, aber die sachliche Mitarbeit der interessierten Fachleute hat gezeigt, daß diese selbst eine Erweiterung der Vorschriften für zweckmäßig hielten.

Eine Ausdehnung und neue Gliederung haben die Vorschriften weiter erhalten in den Bestimmungen über Arbeiten an und auf Dächern. Diese Bestimmungen waren bisher in den Unfallverhütungsvorschriften der einzelnen Baugewerks-Berufsgenossenschaften teilweise sehr verschieden. Es war daher dringend notwendig, daß die Baugewerks-Berufsgenossenschaften gemeinsam mit den Vertretern der Fachverbände in eine Neubearbeitung gleichlautender Vorschriften eintraten. Diese Beratung dürfte zur Zufriedenheit aller beteiligten Kreise ausgefallen sein. Im wesentlichen sagen die betreffenden Bestimmungen, daß bei Dacharbeiten an Dächern über 20 Grad Neigung und einer Traufhöhe von mehr als 2 Metern über dem Boden Sicherheitsmaßnahmen für die Arbeiter erforderlich sind. Als Sicherheitsmaß-

nahme wird in erster Linie eine Schutzrüstung (Fangröhre) vorgeschrieben, die die Traufkante um mindestens 60 Zentimeter in wagerechter und deren Schutzrand die Traufkante in senkrechter Richtung um mindestens 80 Zentimeter überragen muß. In jedem Fall soll die Schutzrinne auch über dem Gerüsthoden mindestens 80 Zentimeter hoch sein. Vorhandene Baugerüste (starke Standgerüste) oder Leitergerüste müssen so ausgebaut werden, daß sie den besonderen Dachbedeckungsergüssen genau entsprechen. Auch den im Westen Deutschlands benutzten Patent- und Konsolgerüsten ist Rechnung getragen worden. Diese müssen dieselben Eigenschaften aufweisen, wie vorchriftsmäßige Schutzgerüste. Bei geknickten Dächern (Manjardendächern) wird ebenfalls ein Schutzgerüst vorgeschrieben, wenn das Oberdach steiler als 30 Grad ist. Ueber das Anfeilen der Dacharbeiter wird bestimmt, daß bei flachen Dächern bis zu 20 Grad Neigung nur die an den Dachkanten beschäftigten Arbeiter angefeilt werden müssen. Bei geknickten Dächern ist eine Anfeilung erforderlich, wenn das Dach steiler als 45 Grad ist. Außerdem müssen selbstverständlich auch die vorgeschriebenen Schutzgerüste vorhanden sein. Für gelattete Dächer ist ein Anfeilen erst bei einer Neigung von mehr als 60 Grad vorgeschrieben. Ueber die Fangseile selbst wird bestimmt, daß sie mindestens 1 Zentimeter stark, mit Leibgurt und Sicherheitshaken und Messingösen versehen und von guter Beschaffenheit sein müssen. Sie sind vom Unternehmer zu liefern und müssen stets zur Stelle sein. Eine Neuerung enthalten diese Bestimmungen über das Anbringen von Dachhaken. Hierüber ist eine Vorschrift enthalten, nach welcher die Dachhaken in wagerechter Richtung nicht über 2 Meter und — in der Richtung der Dachneigung gemessen — nicht über 4 Meter voneinander entfernt sein dürfen. Die Dachhaken aus verzinktem Schmiedeeisen müssen einen Querschnitt von mindestens 210 Quadratmillimetern haben und mindestens 1 1/4 Pfund wiegen. Die Dachhaken müssen mit der Dachkonstruktion sicher verbunden werden oder als Hängehaken in die Schalbreiter oder über die Dachlatten mit einem doppelten Seil gehängt und an der Latte außerdem mit einem Nagel oder einer Schraube befestigt werden. Weiter wird vorgeschrieben, daß an allen Dächern entsprechende Ausreichungen angebracht werden. Ueber Ausreichungsarbeiten an Dächern sind gleichfalls Bestimmungen getroffen worden. Auf Dächern bis zu 45 Grad Neigung müssen die Arbeiter an den Dachkanten durch Anfeilen gegen Absturz gesichert sein. Auf Dachflächen von 20—45 Grad Neigung darf nur von sicher befestigten Leitern oder von zweckentsprechenden Arbeitsgeräten aus gearbeitet werden. Bei allen Ausreichungsarbeiten an und auf Dächern über 45 Grad Neigung wird das Anfeilen der Arbeiter vorgeschrieben, wenn nicht ein vorchriftsmäßiges Arbeitsgerüst vorhanden ist.

Eine Ausdehnung haben die Vorschriften ferner erfahren in den Bestimmungen über Brunnenbau, Gruben- und Kanalarbeiten. Die Vorschriften hierüber, die sich nach der Arbeitsausführung gliedern, also nach der Beschaffenheit der Baugruben, Förderung des ausgehauenen Bodens und Zerstückeln der Brunnenverschölung, sind deshalb so eingehend behandelt worden, weil gerade im Brunnenbauwerke noch vielfach recht schwere Unfälle vorkommen.

Eingehende Vorschriften sind auch für den Bau von Fabrikschornsteinen vorgegeben worden. Diese Vorschriften regeln die Stärke der Steigerisen und ihre Anordnung, das Vorhalten von Schutzgerüsten unter den Arbeitsröhren, die Beschaffung der Aufhängevorrichtung (Galgeln) und das Befestigen der Schornsteine. Die Beratung dieser Bestimmungen wurde gemeinsam mit einem Vertreter des Vereins Deutscher Firmen für Schornsteinbau- und Feuerungsanlagen vorgenommen. Dessen Vertreter ist es gelungen, die Wünsche seiner Fachkollegen in den Normal-Anfallversicherungs-Vorschriften zu verankern.

Die Vorschriften selbst sind in zwei Teile gegliedert, die Vorschriften für die Unternehmer und die Vorschriften für die Versicherten und Selbstversicherte. Die letzteren Vorschriften enthalten in der Hauptsache die Bestimmungen des ersten Teils in einer für Arbeiter geeigneten Fassung.

Kann das so weiter gehen?

Das Grenzamt des Reichs der Deutschen Arbeiterzentrale (Vertrauensrat, 11, Hauptplatz 4) berichtet an die Unternehmern im Baugewerbe in Preußen und Sachsen folgende Tatsachen:

(Beispiel) Reich, Datum des Beschlusses, Grenzamt des Reichs der Deutschen Arbeiterzentrale, Berlin SW. 11, Hauptplatz 4.

Die sind in der Lage, die in Ihrem Betriebe beschäftigten ausländischen Arbeiter zu beschaffen. Eine entsprechende Anwerbsorganisation in Italien, Tirol und Krain ermöglicht es uns, den Wünschen der Arbeitgeber zu entsprechen.

Zur Bekämpfung unserer Geschäftsverluste erheben wir bei den Arbeitgebern die in den nachstehenden Bestimmungen enthaltenen Forderungen.

Wir bitten Sie um Befreiung von der Zahlung der Beiträge zur Anwerbsorganisation.

Wir bitten Sie um Befreiung von der Zahlung der Beiträge zur Anwerbsorganisation.

Wir bitten Sie um Befreiung von der Zahlung der Beiträge zur Anwerbsorganisation.

sich eine möglichst frühzeitige Auftragserteilung, weil uns dann mehr Zeit für die Auswahl der Leute zur Verfügung steht.

Grenzamt des Reichs der Deutschen Arbeiterzentrale

Berlin-Meh.

Die Deutsche Arbeiterzentrale ist die amtliche Arbeitsvermittlungsstelle der preussischen Landwirtschaftskammern, die unter dem Protektorat der preussischen Regierung steht und mit besonderen Vorrechten ausgestattet ist. Ursprünglich nur zur Anwerbung landwirtschaftlicher Arbeiter bestimmt, hat sie ihre Vermittlung bald auch auf die Industrie und andere Gewerbe ausgedehnt. Bei dem Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern wird niemand gegen die Vermittlung ausländischer Arbeiter für die Landwirtschaft etwas einwenden, obwohl dieser Arbeitermangel vielfach durch die unzulänglichen Arbeitsverhältnisse hervorgerufen ist. Aber immerhin, der Mangel besteht und die Landwirtschaft braucht Leute.

Anderes aber liegt es mit der Industrie und dem Gewerbe. Hier besteht kein Arbeitermangel, ganz besonders aber jetzt nicht. Die Arbeitslosigkeit ist stark gestiegen, zahlreiche deutsche Städte befallen sich mit der Fürsorge für die Arbeitslosen. Besonders schlimm lag und liegt es auch noch augenblicklich mit dem Baugewerbe. Teilweise hat dieses Gewerbe eine wahre Schreckenszeit hinter sich, für Unternehmer wie für die Arbeiter gleich verhängnisvoll. Und in demselben Augenblick geht die Arbeiterzentrale dazu über, den Bauunternehmern ausländische Arbeiter zu offerieren, und sie gewissermaßen zu animieren, solche bei ihr zu bestellen. Mit harten Worten wird in dem Rundschreiben gesagt, daß die Arbeiterzentrale eine ausgedehnte Anwerbsorganisation in Italien, Tirol und Krain eingerichtet hat. Der Zugang ausländischer Arbeiter wird somit durch einen amtlichen Apparat systematisch gefördert.

Das muß unter den einheimischen deutschen Arbeitern ja geradezu aufreizend wirken. Sie leiden unter der Arbeitslosigkeit, und trotzdem wird versucht, durch die Heranziehung ausländischer Arbeiter diese noch zu vermehren. Sie leiden auch mehr oder weniger unter der Lohnrückerei der Ausländer, weil diese entweder freiwillig sich mit niederen Löhnen begnügen, oder sie, falls sie sich mit den deutschen Arbeitern solidarisch erklären, nicht selten des Landes verwiesen werden. Um dem zu entgegen, sind sie mit dem zufrieden, was ihnen geboten wird.

Der deutsche Arbeiter aber trägt die schwere Steuerlast und die anderen Verpflichtungen gegenüber dem Staat, wovon in der Regel der Ausländer befreit ist. Der Verdienst des deutschen Arbeiters bleibt im Lande, während der des Ausländers zum größten Teil nach dort abwandert. Die ausländische Konkurrenz der deutschen Landwirtschaft ist durch hohe Zölle begrenzt. Den deutschen Arbeiter gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen, daran denkt niemand. Im Gegenteil: eine beherrschende Organisation darf den Zugang sogar hauptsächlich betreiben und darf für den Maurer, Bauhilfs- oder Erbarbeiter 2 A pro Kopf (bei Bestellung bis zu 20 Mann für jeden weiteren 1,50 A) einstecken. So viel beträgt nämlich die Vermittlungsgebühr.

Was wir fordern, ist, daß hier einmal nach dem Rechte gesehen wird. So kann das nicht weitergehen. Wir wollen die ausländischen Arbeiter gewiß nicht anweisen, wenn sie zu uns kommen, aber verlangen müssen wir, daß sie nicht durch einen beherrschenden Apparat herein gelockt werden, um den deutschen Arbeitern die Existenz zu erschweren. Sie ist ohnehin schwer genug für sie.

Die Wahlen der Versicherungsvertreter an den Versicherungsämtern stehen bevor!

II.

Wie wird und wer wird zum Versicherungsamt gewählt?

Darüber gibt das Gesetz genaue Auskunft: Die Versicherungsvertreter werden von den Vorstandsmitgliedern der Krankenkassen gewählt, die im Bezirk des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben.

An der Wahl nehmen ferner teil die Vorstandsmitglieder 1. der doppeltklassigen Krankenkassen, 2. der Einzelklassen und 3. der Gesamtklassen und anderer obergerichtl. genehmigter Vereinigungen. Die Wahlberechtigung ist an die Zahl der Mitglieder gebunden, die im Bezirk des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben; die Einzelklassen und Gesamtklassen im Bezirk des Versicherungsamtes mindestens

Dasseln außerdem nur, wenn sie ihre Beteiligung an der Wahl dem Wahlleiter rechtzeitig anmelden und die Zahl ihrer Mitglieder in diesem Bezirke nachweisen. An Stelle der Vertreter der Versicherten im Vorstände wählen:

- a) bei knappschaftlichen Krankenkassen die für den Bezirk zuständigen Knappschaftsältesten,
- b) bei Einzelklassen, die örtliche Verwaltungsstellen haben, die Geschäftsleiter der für den Bezirk des Versicherungsamtes zuständigen örtlichen Verwaltungsstellen (§ 42).

Die Stimmzahl einer Klasse richtet sich nach ihrer Mitgliederzahl im Bezirk des Versicherungsamtes und wird von ihm vor jeder Wahl festgesetzt. Diese Stimmzahl wird auf die Vorstandsmitglieder und die an ihrer Statt nach § 42, Abs. 3, Wahlberechtigten gleichmäßig verteilt (§ 43).

In den Kassenvorständen nehmen die Arbeitgebervertreter nur an der Wahl der Arbeitgebervertreter und die Mitglieder aus den Reihen der Versicherten nur an der Wahl der Versichertenvertreter teil.

Vorstände, die keine Arbeitgeber enthalten, nehmen nur an der Wahl der Versichertenvertreter teil.

Bei Klassen der im § 42, Abs. 2, bezeichneten Art, die keine Vertreter der Versicherten im Vorstände haben, wählen die sonst bei ihnen vorhandenen Arbeitervertreter.

Was von den Vorständen gilt, gilt dementsprechend von den an ihrer Statt nach § 42, Abs. 3 Wahlberechtigten (§ 44).

Die Wahl geschieht schriftlich und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Die oberste Verwaltungsbehörde erläßt eine Wahlordnung.

Der Vorsitzende des Versicherungsamtes leitet die Wahl. Bei Streit über die Wahl entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig (§ 45).

Für die Versicherungsvertreter werden in der gleichen Weise Stellvertreter nach Bedarf bestimmt.

Für Versicherungsvertreter, die vor Ablauf ihrer Wahlzeit ausscheiden, rücken die Stellvertreter ein (§ 46).

Wählbar sind nur Männer, die im Bezirk des Versicherungsamtes wohnen oder ihren Betriebsort haben oder beschäftigt werden, und die nicht nach § 12 ausgeschlossen sind.

§ 12. Wählbar zu den Organen der Versicherungsämtern sind nur volljährige Deutsche.

Nicht wählbar ist 1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet wird; 2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist (§ 12).

Wählbar sind nur Versicherte, ihre Arbeitgeber und deren bevollmächtigte Betriebsleiter. Versicherte werden den Arbeitgebern zugerechnet, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungsbeiträge beschaffigen.

Bei Versicherungsämtern an der See Küste können zu Vertretern der Versicherten auch befähigte Schiffsfahrtskundige gewählt werden, die nicht Reeder, Reedereileiter (Korrespondenzreeder, § 492 bis 499 des Handelsgesetzbuches) oder Bevollmächtigte sind (§ 47).

Die Versicherungsvertreter sollen mindestens je zur Hälfte an der Anfallversicherung beteiligt sein (§ 48).

Die Versicherungsvertreter sollen mindestens je zu einem Drittel am Sitz des Versicherungsamtes selbst oder nicht über zehn Kilometer entfernt wohnen oder beschäftigt sein.

Bei der Wahl sollen die hauptsächlichsten Erwerbszweige, insbesondere die Landwirtschaft, und die verschiedenen Teile der Bezirke berücksichtigt werden.

Die oberste Verwaltungsbehörde kann darüber Besonderes oder Abweichendes bestimmen (§ 49).

Was haben die christlich-nationalen Arbeiter jetzt zu tun?

Wenn die christlich-nationale Arbeiterbewegung bei den Wahlen zu den Versicherungsämtern usw. ebenjotig abschneiden will wie bei den Krankenkassenwahlen, dann müssen alle zusammengehörenden Kräfte zu vereinbarendem Handeln zusammengefaßt werden. Die Wahlleiter der Oberversicherungsämterbezirke müssen sich die Verzeichnisse aller Krankenkassen ihres Bezirks alsbald besorgen. Vielleicht können die es vom Oberversicherungsamt erhalten oder leihen, wenn nicht, dann eventuell von den Jubaliberversicherungsanstalt ihres Landesbestells, außerdem ist für Preußen ein neues Verzeichnis der Krankenkassen in Heymanns Verlag, Berlin, Mauerstraße 8 (Preis 5 A) zu haben. Den örtlichen Wahlleitern müßte eine Abschrift der Verzeichnisse der Krankenkassen ihres Versicherungsamtesbezirks von den oberen Wahlleitern zugehen, ebenso auch eine Liste der sämtlichen örtlichen Wahlleiter, des betreffenden Oberversicherungsamtesbezirks, damit diese sich kennen und sich einander helfen und beraten. Die oberen Wahlleiter müssen natürlich in enger Fühlung mit den örtlichen Wahlleitern treten; bei der Aufstellung der

Pünktliche An- und Abmeldung ist Pflicht eines jeden Kollegen. Die abwandernden Kollegen werden dringend gebeten, sich sofort an ihrem neuen Arbeitsort anzumelden.

Vertreter ist möglichst Uebereinstimmung zu erzielen. Man nehme in erster Linie solche Leute, die bereits bei der unteren Verwaltungsbehörde mit Erfolg und zur Zufriedenheit der Beteiligten tätig waren. Gut wird es sein, wenn die örtlichen Wahlleiter recht bald auch mit den Krankentassenvorsitzenden in Verbindung treten, die zwar keine christlich-national organisierten Vertreter haben, die aber schließlich aus nationalen und anderen Gründen unsere Liste wählen.

Die Vorarbeiten zu den Wahlen sind nunmehr auf der ganzen Linie in Angriff zu nehmen. Der preussische Handelsminister hat den Erlaß der Wahlordnung nach einem im Ministerium angefertigten Entwurf den Regierungspräsidenten übertragen. Es steht die Ausschreibung der Wahlen sicherlich kurz bevor. Unseren Oberversicherungsamts- und den örtlichen Wahlleitern, sowie den Gewerkschaftsstellern und sozialen Ausschüssen erwächst die Pflicht, sich bei der Aufstellung tüchtiger Kandidaten, rechtzeitiger Einreichung der Vorschlagslisten, Beeinflussung der Krankentassenvorstandsmitglieder usw. gegenseitig zu helfen, damit ein glänzendes Resultat erzielt wird.

Allgemeines

Mehr Selbstbewußtsein! In einem Artikel über den Arbeitswilligenschuß in der „Frankfurter Zeitung“ hatte der Direktor der weltberühmten Zeilwerke in Zena, Herr Dr. Schomerus, an die christliche und übrige nicht sozialdemokratische Arbeiterchaft die Mahnung zu mehr Selbstbewußtsein gerichtet. Dem überzeugungstreuen Sozialdemokraten würde der überzeugungstreue, mutige christliche Gewerkschaftler auf die Dauer Respekt und Anerkennung abdrängen, ein Waschlappen jedoch niemals. Daran knüpft das „Zentralblatt d. G.“ die folgenden beherzigenswerten Darlegungen:

„Mit diesen Ausführungen ist der Finger an eine tatsächlich vorhandene Wunde gelegt. Es ist in der Tat nicht zu verkennen, daß die Anziehungskraft der sozialistischen Bewegung zu einem sehr großen Teile auf dem Selbstbewußtsein ihrer Mitglieder beruht. Wir denken hier nicht so sehr an jenes „Selbstbewußtsein“, welches Gerhard Hildebrand einmal als Selbstherrlichkeit kennzeichnete, die jeden irgendwie einmal mit dem historischen Materialismus in Verbindung gekommenen Genossen glauben macht, er habe den Zauber Schlüssel zur Lösung sämtlicher Welträtsel in der Hand; ebensowenig denken wir an jene Selbstüberhebung, die einmal einen sozialistischen Diskussionsredner zu der Aeußerung einem „bürgerlichen“ Professor gegenüber veranlaßt haben soll: „Zwischen mich und Sie, Herr Professor, steht die Wissenschaft!“ Vielmehr schwebt uns jenes felsenfeste Vertrauen vor, welches so viele sozialistischen Gewerkschaftler auf die Sieghaftigkeit ihrer Sache haben und das sie veranlaßt, unter allen Umständen eher an diese zu glauben, als an die Angriffe der Gegner. Daraus folgt sodann für eine Massenbewegung die Möglichkeit, deren sie unbedingt bedarf, die immer wieder auftretenden gegnerischen Angriffe, soweit sie natürlich nicht offenbar berechtigt sind, in dem sicheren Bewußtsein zurückweisen zu können, daß die Massen der Bewegung zu sehr vertrauen, als daß sie unter jeder Beschuldigung zusammenzudenken und auf letztere vielleicht mehr hören, als es sich mit einem überzeugten Selbstbewußtsein verträgt. Zum Teil liegt, wie gesagt, dieses größere Selbstbewußtsein auf Seiten der Sozialisten an der Massenhaftigkeit der Bewegung; zum Teil auch daran, weil die Bewegung bereits eine lange Geschichte hinter sich hat und über einen alten Stamm von Anhängern verfügt, die durch ihre Erfahrung befähigt sind, in kritischen Situationen leicht das Richtige zu treffen. Unsere Bewegung ist demgegenüber jünger und sie hat vor allen Dingen mit einer unergleichlich größeren Menge von Schwierigkeiten und Verdächtigungen zu rechnen, wie die sozialistische Bewegung in der heutigen Zeit. Dazu kommt, daß sich in der kurzen Zeit des Bestehens unserer Bewegung die Schwierigkeiten Schlag auf Schlag einstellten und die Bewegung nicht zur Ruhe kommen ließen. Das alles macht erklärlich, warum es in unseren Kreisen hier und da an jenem Selbstbewußtsein noch etwas mangelt, das den Anhängern der Bewegung beim Austausch schwieriger Situationen mit Ueberzeugung erklären läßt: Die Bewegung und ihre Grundzüge haben sich bis jetzt allen Stürmen gegenüber aufs glänzendste bewährt; ich halte zu ihr, weil ich weiß, daß sie diejenige Bewegung ist, deren Wurzeln am tiefsten in den Bedürfnissen des Volkslebens und der Arbeiterbewegung verankert sind, was eben durch keine vorübergehende Schwierigkeit aus der Welt geschafft werden kann. Dieses Selbstbewußtsein ist es, worauf es ankommt: das unbedingte Vertrauen in die Bewegung und der unerschütterliche Glaube an ihre Zukunft. Es gibt keine bessere Waffe gegen etwaige sozialdemokratische Bedrückung, keine bessere Waffe auch gegen den Terrorismus. Dieses Selbstbewußtsein wünschen wir den Massen unserer christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.“

Gesetzliche Grundlagen für Kleinhandelspreise.

Zwischen dem Kaiserlichen Statistischen Amt und Interessenten des Kleinhandels werden demnächst gemeinsame Beratungen stattfinden über die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Ermittlung der Kleinhandelspreise. Sobald diese Beratungen zu greifbaren Vorschlägen geführt haben, werden sie den Landesregierungen, den Statistischen Ämtern der Bundesstaaten und der Gemeinden unterbreitet werden. Nach Begutachtung wird sodann in eine Prüfung der Frage eingetreten werden, ob eine gesetzliche Grundlage für die Durchführung der Statistik für die Kleinhandelspreise erforderlich ist. Wird die Frage bejaht, dann dürfte, nach der „Rh.-Westf. Ztg.“, die gesetzliche Regelung darin bestehen, daß die Kreise des Kleinhandels verpflichtet werden, auf Anordnung der Polizeibehörden wahrheitsgemäße Angaben über die Preise im Kleinhandel zu machen. Heute steht es bekanntlich im Belieben des einzelnen, ob er Auskunft erteilen will oder nicht.

Neblichkeiten aus einer sozialb. Krankenkasse.

In der allgemeinen Ortskrankenkasse Stolp (in Pommern) ist bei der letzten Wahl die frühere sozialdemokratische Mehrheit beseitigt worden. Die neue Kassenverwaltung hat ein schwieriges Stück Arbeit zu leisten, um die eingerissene Mißwirtschaft auszuräumen. Kurz bevor die sozialdemokratische Herrschaft in der Krankenkasse ein Ende nahm, hat der frühere Vorsitzende noch schnell ein Grundstück an die Krankenkasse zu einem anormal hohen Preise verkauft. Der frühere zweite Vorsitzende und der Schriftführer der Kasse, die als Vertreter der Krankenkasse den Kauf abgeschlossen hatten, wurden noch schnell zu Beamten befördert. Gegen den Grundstücksverkauf legte die neue Kassenverwaltung Protest ein mit dem vorläufigen Erfolg, daß eine gerichtliche Taxierung vorgenommen wurde. Hierbei wurde das Grundstück um 20 000 M. billiger taxiert, als es der erste Vorsitzende an die Kasse verkauft hatte. Der schon begonnene Neubau wurde sofort eingestellt und weitere Schritte in die Wege geleitet, um den sonderbaren Kauf rückgängig zu machen. Bezeichnend ist, daß die sozialdemokratische Presse sich gewaltig entrüstet hat und von einer Verkümmern des Selbstverwaltungsrechtes redete, weil der frühere Vorsitzende nicht wiedergewählt wurde. — Kürzlich hat sich die sozialdemokratische Presse über eine angebliche Mißwirtschaft in einer christlich verwalteten Krankenkasse in Kreisfeld gewaltig entrüstet. Was sagt sie nun zu diesen Vorgängen in Stolp? Gar nichts wird sie sagen. Sozialdemokratische Parteianhänger können den verwerflichsten Mißbrauch mit der Krankenversicherung treiben, das wird von der sozialdemokratischen Presse geflissentlich totgeschwiegen oder noch beschönigt. Jede Kleinigkeit aus dem christlichen Lager aber wird aufgebauscht und agitatorisch ausgeschlachtet. Auf niemanden paßt das Gleichnis vom Splittler und Balten besser, als auf die sozialdemokratischen Pharisäer.

Der „Arbeitsgeber“, das Organ der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (Nr. 4, 1914), ist sehr unzufrieden mit der Stellungnahme des Reichstags zum sogenannten Arbeitswilligenschuß.

Besonders unangenehm ist dem Blatt die Annahme der Resolution Dehrens, Giesberts, Schiffer, die die Ausdehnung der angeklügten Regierungsschrift auf die Auswüchse des Koalitionsweijens im Unternehmerlager verlangt. Im Hinblick darauf großt das Unternehmerorgan:

„Der Reichstag hat, wie dies nach seinem früheren Verhalten nicht anders zu erwarten war, abermals verjagt. Seine demokratisch geminte Mehrheit folgte dem Antrag dreier Gewerkschaftssekretäre, die von der Beseitigung der Schutzorganisation der Arbeitgeber eine schrankenlose Gewerkschaftsherrschaft erhoffen.“

Die Behauptung, daß die Antragsteller Behrens, Giesberts und Schiffer eine Beseitigung der Schutzorganisation der Arbeitgeber erstrebten, ist ebenso unwahr wie die weitere Unterstellung, daß sie eine schrankenlose Gewerkschaftsherrschaft erhofften. Mit solchen Ueberrückungen und direkten Unwahrheiten sollte das Organ der deutschen Arbeitgeberverbände doch nicht operieren, wenn es ernst genommen werden will. Die drei genannten Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung wollen und bezwecken mit ihrem Vorgehen im Reichstag nichts weiter, wie Parteilichkeit und Gerechtigkeit in Behandlung der wirtschaftlichen Interessenorganisationen. Die erregte Kritik des Arbeitgeberblattes an dem Reichstagsbeschlusse ist der deutlichste Beweis dafür, daß die Unternehmer in Wirklichkeit Anordnungsmaßnahmen gegen die Arbeiterorganisationen erhoffen, während sie in ihrer wirtschaftlichen Betätigung schrankenlose Freiheit für sich beanspruchen.

Wirtschaftliche Bewegung

Gesperrt sind: **Ibbenbüren** (Sperrung über den Bauunternehmer Dufmann wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). **Samm i. B.** (Sperrung über das Einzelgeschäft Heinrich Rujeler wegen Nichtanerkennung des Tarifs). **Caterberg** (Maurer und Hilfsarbeiter, Sperrung über die Firma Heinrich Gullmann). **Reinhardt** (Schwarzmaier) (Streit der Zimmerer). **Steele** (Sperrung über die Firma H. Lind wegen

Nichtanerkennung des Tarifvertrages und Maßregelung.) **Saffig** (Sperrung über die Firma Florath wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). **Rheinberg** (Sperrung über das Platten-Geschäft Gebr. Schiffer wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). **Nachen** (Sperrung über das Plattenlegergeschäft J. G. Rumbach wegen Nichtanerkennung des Tarifs). **Soran** (Sperrung über die Firma Häusel). **Sagan** (Sperrung über die Firma Eißler). **Sommerfeld** (Sperrung über die Firma Schneider). **Reinsalz** (Sperrung über die Firma Jädel). **Schobe** (Sperrung über den Unternehmer Joh. Roskamb wegen Maßregelung). **Gelsenkirchen** (Bleienleger, Sperrung über den Zwischenmeister Jakob Weber). Zugung ist fernzuhalten.

Bezirk Bochum.

Die Tarifstreue der organisierten Bauunternehmer Westdeutschlands.

Im § 9 unseres Tarifvertrages heißt es: „Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung des Tarifvertrages und dieses Tarifvertrages einzusetzen, Verträge dagegen oder Uebungen nachdrücklich zu bekämpfen usw.“ Wie diese Verpflichtung von vielen organisierten Bauunternehmern und hauptsächlich von Leitern des Westdeutschen Arbeitgeberbundes erfüllt wurde, haben wir in der Vergangenheit in der „Baugewerkschaft“, in den Schlichtungskommissionen, im Einigungsamt und auch gelegentlich der Tarifverhandlungen geschildert. Eine nicht geringe Zahl organisierter Unternehmer verleihe dauernd den Tarifvertrag, indem sie die tägliche Arbeitszeit überschritt, die Abschlagszahlung unterließ, die Lohnzuschläge nicht zahlte usw., und entschuldigte ihr tarifwidriges Verhalten mit der wirklich nicht geistreichen Bemerkung: Die Arbeiter sind damit zufrieden oder die Arbeiter fordern es so.

Selbstverständlich traf dieses meistens nicht zu, oder wenn es mal zutraf, dann handelte es sich in der Regel um einen winzigen Prozentsatz der in Betracht kommenden Arbeiter, die oftmals auch noch von den Unternehmern oder ihren Polieren geschobene Personen waren.

Auch während der jetzigen Vertragsperiode setzen organisierte Unternehmer und nicht zuletzt Leiter des Arbeitgeberbundes ihr tarifwidriges Treiben fort. Ja, wir müssen feststellen, noch in erhöhtem Maße.

Die achtstägige Lohnzahlung, die ab 1. Januar 1911 eingeführt werden sollte, haben Hunderte von Unternehmern noch nicht eingeführt, und eine große Zahl derjenigen, die sie eingeführt haben, mußten von den hier in Frage kommenden Organisationen erst dazu gezwungen werden. Auch überschreiten viele Unternehmer, ähnlich wie in der Vergangenheit, wieder die tarifliche Arbeitszeit und machen sich sonstiger grober Vertragsverletzungen schuldig.

Mit besonders „gutem“ Beispiel ging in der Vergangenheit und geht auch jetzt wieder der Vorsitzende des „Westdeutschen Arbeitgeberbundes“, Herr Walter, voran, um die durch Namensunterschrift anerkannten Verpflichtungen mit Füßen zu treten. Während der letzten Vertragsperiode ließen seine Poliere auf den Baustellen in Erkenschwick den dort beschäftigten Bauarbeitern Jubiläum zur Unterzeichnung vorlegen, angeblich um sich damit einverstanden zu erklären, die vorgeschriebenen Regenfeierstunden nachzuholen; als aber einige unserer Mitglieder das Schreiben durchlasen, mußten sie feststellen, daß es sich um die Anerkennung der elfstündigen Arbeitszeit handelte.

Auf der Baustelle der Fache „Fürst Leopold“ in Herbst-Dorsten ließ vor einigen Tagen Herr Walter seinen Arbeitern wieder folgendes Zirkular zur Unterzeichnung vorlegen:

„Baustelle der Fache „Fürst Leopold“ in Herbst-Dorsten. Nach Uebereinkunft der Maurer und Baughilfsarbeiter werden die Arbeitszeiten und Pausen für die hiesige Baustelle wie folgt festgesetzt:

In der Zeit	Anfang der Arbeitszeit Uhr	Frühpausenpause Uhr	Mittagspause Uhr	Beispause Uhr	Ende der Arbeitszeit Uhr	Tägliche Arbeitsstunden
Vom 16. bis 22. Febr.	7 1/2	—	12—1	—	6	9 1/2
1. bis 15. März	7	9 1/2—9	12—1	4—4 1/2	7	10
16. März bis 15. Sept.	6	9 1/2—9	12—1 1/2	4—4 1/2	7	10 1/2

Sobald wir davon Kenntnis hatten, wandten wir uns beschwerdebeführend an den Vorstand des Westdeutschen Arbeitgeberbundes. Dieser teilte uns mit, daß es zutrefte, daß Herr Walter sich mit der Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden erklärt habe, jedoch erst dann, als die Arbeiter ihren Wunsch auf Verlängerung der Arbeitszeit schriftlich mitgeteilt hätten. Hierauf wandten wir uns an unsere auf genannter Baustelle beschäftigten Kollegen, welche uns erklärten, daß einige Maurer und Arbeiter den Antrag gestellt hätten, statt 8 1/2 Stunden arbeiten zu dürfen, und zwar mit dem Hinweis auf § 2, Absatz 2 des Vertrages, wonach bei ausreichenden Lichtverhältnissen ausnahmsweise im Winter die Arbeitszeit auf die normale verlängert werden kann.

Wir beurteilen dieses Vorgehen unserer Kollegen sehr, noch mehr zu beurteilen ist es, daß der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes eine solche Gelegenheit dazu benutzte, um seine übernommenen Vertragspflichten wieder von neuem zu vernachlässigen und nie Fäden zu treten.

Ein sehr gewagtes Spiel treibt Herr Walter, wenn er auch jetzt wieder erklärt, daß die dort beschäftigten Arbeiter eine längere Arbeitszeit forderten. Wir können ihm erklären, daß dieselben Arbeiter auch einen bedeutend höheren Stundenlohn fordern, und daß viele an uns schon das Ansuchen gestellt haben, wir möchten in dieser

Beziehung muß etwas tun. Dieser haben wir dieses entschieden abgelehnt. Wenn man in Zukunft, entgegen unserem Willen, schließlich dazu übergeht, um sich an Stelle der dortigen niedrigen Stundenlöhne bedeutend höhere zu erzwingen, dann werden wir Herrn Walter an seine schöne Ausrede erinnern: „Die Arbeiter wollen es so.“ Ob ihm dann diese Worte angenehm in den Ohren klingen werden, glauben wir nicht. Aber wie man in den Wald hineinruft, so schallt's schließlich auch wieder heraus.

Schiedsrichterliche Entscheidungen

Sitzung des Tarifamtes für das Baugewerbe im Bergischen Bezirk im Rathaus zu Wermeln am 29. Januar 1914.

Unter dem Vorsitz des Unparteiischen, Beigeordneten Kirchmann-Warmen, waren anwesend: a) von der Arbeitgeberseite: für den Schutzverband der Bergischen baugewerblichen Betriebe: Heintz. Frese-Warmen, Walter Gries-Warmen, Geschäftsführer Wghöfer-Warmen, P. W. Schulte-Eberfeld, Wih. Fröhling jr.-Eberfeld, Willi Roehrs-Eberfeld, Fr. Rau jr.-Solingen, Fr. Langenberg-Solingen, Star Mattheß-Kemscheid, Alb. Glasberg-Kemscheid; b) von der Arbeitnehmerseite: für die betr. Zweigvereine des Deutschen Bauarbeiterverbandes: E. Ruth-Köln, Jaf. Wolf-Kemscheid; für die betr. Zahlstellen des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands und verwandter Berufsgruppen: S. Janßen-Düsseldorf; S. Jung-Eberfeld; für die betr. Verwaltungsstellen des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands: Anton Lange-Köln, Ferd. Weinholz-Eberfeld, Bernh. Deppe-Warmen, Jof. Mergenthal-Kemscheid; c) als Protokollführer: Oberstadtschreiber Feß-Warmen. Beginn der Verhandlungen 10 1/2 Uhr vormittags.

Der Vorsitzende stellte fest, daß es sich darum handle, möglichst eine Einigung der an dem neuen Tarifvertrag für das Baugewerbe im Bergischen Bezirk beteiligten örtlichen Organisationen über einige von den Zentralvorständen der Verbände beanstandeten Punkte des Tarifvertrages herbeizuführen.

I. Von Seiten der Gewerkschaften ist der 2. Absatz des § 2 wie folgt beanstandet worden:

Im 2. Absatz werden die Schlüsselwörter „Wenn der Arbeitgeber oder sein Stellvertreter es für erforderlich hält“ beanstandet. Zur Behebung ist die Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erforderlich.

Ergebnis der heutigen Verhandlung über diesen Punkt:

Einmütig wird anerkannt, daß die bisherige Fassung des § 2 irrtümlich in den Vertrag aufgenommen worden ist und daß der 2. Absatz dieses Paragraphen nach der Vereinbarung vom 17. Juni 1913 folgenden Wortlaut erhalten soll:

„Bei ausreichenden Sichtverhältnissen darf die kürzere Winterarbeitszeit bis auf die normale Arbeitszeit, und zwar ohne Lohnzuschlag, verlängert werden.“

II. Von Seite der Gewerkschaften ist der Kopf des Tarifvertrages wie folgt beanstandet worden:

Die Zweigvereine bzw. Zahlstellen sind namentlich aufzuführen, damit Mißverständnisse ausgeschlossen werden.

Ergebnis der heutigen Verhandlung über diesen Punkt:

Einmütig wird bestimmt, daß der Kopf des Tarifvertrages folgenden Wortlaut erhalten soll:

Zwischen dem Schutzverband der Bergischen baugewerblichen Betriebe und dessen Ortsgruppen einerseits, den Zweigvereinen Wermeln-Eberfeld und Solingen des Zentralverbandes Bauarbeiterverbandes, den Zahlstellen des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgruppen für Wermeln-Eberfeld und Solingen, den Verwaltungsstellen Wermeln-Eberfeld und Solingen des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands andererseits, ist dieser Tarifvertrag abgeschlossen worden.

Der Kopf des besonderen Tarifvertrages für den Abteilungsbezirk Kemscheid usw. ist in der bisherigen Fassung richtig und auch nicht beanstandet worden.

III. Von Seite der Gewerkschaften ist die Fassung des § 5 wie folgt beanstandet worden:

Es wird verlangt, daß in den Vertrag eingesetzt wird, für welche Arbeiterkategorien Mitarbeit zulässig ist.

Ergebnis der heutigen Verhandlung über diesen Punkt:

Die Arbeitgeberseite verteidigt die Ansicht, daß nach den Bestimmungen über die in den letzten Jahren vorgenommene Mitarbeit die Mitarbeit zulässig ist für Maurer und Bauarbeiter, Zementfacharbeiter und Zementarbeiter, und Hilfsarbeiter, und zwar in allen Fällen des Vertragsgebietes. Unzulässig ist die Mitarbeit nur für Zimmerer.

Die Arbeitnehmerseite kann nicht anerkennen, daß Mitarbeit für die Maurer, Bauarbeiter, Zementfacharbeiter, Zementarbeiter und Hilfsarbeiter in den letzten Jahren in allen Fällen des Vertragsgebietes vorgenommen ist. Sie erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, Mitarbeit im Sinne der Arbeitgeberseite über diesen Punkt heute zu treffen.

Die Arbeitgeberseite will die Fassung des § 5 des Tarifvertrages nicht ändern und es dem Haupttarifamt überlassen, darüber zu entscheiden.

Die Arbeiterseite ist, daß eine Einigung der Organisationen nicht erreicht sei.

IV. Von Seite der Arbeitnehmerseite

beanstandet die im Abteilungsbezirk Kemscheid, Wermeln-Eberfeld, Wermeln, Solingen, Solingen und Solingen beanstandeten Punkte des Tarifvertrages.

Ergebnis der heutigen Verhandlung über diesen Punkt:

Einmütig wird anerkannt, daß die bisherige Fassung des § 2 irrtümlich in den Vertrag aufgenommen worden ist und daß der 2. Absatz dieses Paragraphen nach der Vereinbarung vom 17. Juni 1913 folgenden Wortlaut erhalten soll:

„Bei ausreichenden Sichtverhältnissen darf die kürzere Winterarbeitszeit bis auf die normale Arbeitszeit, und zwar ohne Lohnzuschlag, verlängert werden.“

Die Arbeitnehmerseite lehnt es ab, den Zementfacharbeitern in der Höhe des Maurerlohnes fest, so sei zu befürchten, daß dann auch die auswärtigen Firmen, die dort Eisenbetonarbeiten ausführten, den Zementfacharbeitern nur den Maurerlohn zahlen würden. Sie würden dann die Zementfacharbeiter zumeist nicht mehr dorthin zur Arbeit schicken, sondern sie im Kemseider Abteilungsbezirk selbst einstellen. Das bedeute dann aber eine Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen für im Abteilungsbezirk Kemscheid beschäftigte Zementfacharbeiter.

Es muß ein Lohnsatz für Zementfacharbeiter und Zementarbeiter noch eingefügt werden.

(Bergl. Entscheidung des Haupttarifamtes vom 21. Januar 1914, I. Riff. 3.)

Ergebnis der heutigen Verhandlung:

Herr Mattheß-Kemscheid erklärte, daß in Kemscheid auch von eingefessenen Firmen Eisenbetonarbeiten ausgeführt worden seien bei Zahlung der Maurerlöhne. Die Arbeitgeberseite will den Zementfacharbeitern den Maurerlohn für die einzelnen Gebiete des Abteilungsbezirks zubilligen und den Zementarbeitern den Lohnsatz für Bauhilfsarbeiter mit 10 Prozent Zuschlag. Es sei unzulässig, für diesen Abteilungsbezirk den Lohnsatz für Zementfacharbeiter festzustellen, den diese erhielten, wenn sie von auswärtigen Firmen nach Kemscheid zur Ausführung von Betonarbeiten geschickt würden.

Die Arbeitnehmerseite betont, daß die Behauptung, Eisenbetonarbeiten seien in Kemscheid auch von einheimischen Firmen ausgeführt worden, heute zum ersten Male aufgestellt worden sei. In den früheren Verhandlungen sei stets behauptet worden, Eisenbetonarbeiten in Kemscheid seien bisher nur von auswärtigen Firmen ausgeführt worden.

Die Arbeitnehmerseite lehnt es ab, den Zementfacharbeitern im Abteilungsbezirk Kemscheid nur den Lohnsatz für Maurer zuzubilligen. Der Lohnsatz müsse vielmehr in der Höhe festgesetzt werden, wie er bisher den Zementfacharbeitern, die von auswärtigen Firmen dort beschäftigt worden seien, gezahlt worden sei. Setze man den Zementfacharbeiterlohn für den Abteilungsbezirk Kemscheid in Höhe des Maurerlohnes fest, so sei zu befürchten, daß dann auch die auswärtigen Firmen, die dort Eisenbetonarbeiten ausführten, den Zementfacharbeitern nur den Maurerlohn zahlen würden. Sie würden dann die Zementfacharbeiter zumeist nicht mehr dorthin zur Arbeit schicken, sondern sie im Kemseider Abteilungsbezirk selbst einstellen. Das bedeute dann aber eine Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen für im Abteilungsbezirk Kemscheid beschäftigte Zementfacharbeiter.

Eine Einigung über diesen Punkt war nicht zu erzielen.

V. Entwurf einer Geschäftsordnung für die Schlichtungskommissionen.

Es liegt ein von Herrn Janßen aufgestellter Entwurf vor.

Die Arbeitgeberseite wünscht Abänderung des § 4 des Entwurfs in folgender Weise:

§ 4. Wünscht eine Partei die Abhaltung einer Kommissionssitzung, so hat sie dieses dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission unter ausführlicher Begründung des Streitfalles schriftlich mitzuteilen. Der Vorsitzende hat nach Eingang des Antrages, falls er die Begründung für ausreichend hält, innerhalb drei Werktagen eine Sitzung einzuberufen und abzuhalten und die Einladung der Parteien und der Mitglieder zu veranlassen. Er kann jedoch die Einberufung der Schlichtungskommission ablehnen, wenn er die Begründung nicht für ausreichend erachtet, und steht dann dem Antragsteller der Beschwerde an das Tarifamt offen.

Die Parteien sind berechtigt...

Die Arbeitnehmerseite ist mit diesem Abänderungsvorschlag nicht einverstanden. Sie befürchtet davon eine Verzögerung der Verhandlungen. Dagegen empfiehlt sie, folgenden Satz anzunehmen:

„Sind nach Ansicht des Vorsitzenden zur Klarstellung des Sachverhalts Ermittlungen erforderlich, so sind diese vorher anzustellen.“

Die Arbeitgeberseite will sich auf diesen Wortlaut heute nicht festlegen und in der nächsten Sitzung des Tarifamtes weiter verhandeln.

Mit der Weiterverhandlung über den Entwurf der Geschäftsordnung für die Schlichtungskommissionen in der nächsten Sitzung des Tarifamtes ist man allseitig einverstanden.

VI. Auf Einspruch des Vertreters des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Herr Weinholz gegen die Fassung des Protokolls über die Sitzung des Tarifamtes vom 8. Januar 1914 zu Punkt III wird allseitig anerkannt, daß es heißen muß:

„Die Arbeitgeberseite führt Beschwerde darüber, daß der örtliche Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes...“

...falsch, wie irrtümlich protokolliert ist.

„Beschwerde darüber, daß die Arbeitnehmerseite...“

Jahresberichte der Bezirke

Bezirk Berlin. Wenn wir zurückgehen auf das Jahr 1913, so können wir feststellen, daß unsere Arbeit nicht ganz vergebens gewesen ist, das solidarische Zusammenhalten der Kollegen hat uns wieder gezeigt, daß man Geistesvermögen hier ist die Erfahrung einmal wieder die beste Lehrmeisterin gewesen.

Wenn wir uns zunächst über die Konjunkturverhältnisse im Bezirk etwas sagen sollen, so fröhlich sich eigentlich die Feder, das niederschreiben. Fast überall im Bezirk herrschte das ganze Jahr hindurch große Arbeitslosigkeit. Im schlimmsten erging es uns in Berlin. Ohne weit abschweifen zu wollen, möchten wir kurz an einem Beispiel zeigen, wie es mit der Arbeitslosigkeit in Berlin aussah. In der Kopenickstraße... Arbeiter zum Transportieren von Holzstücken... 8 Uhr hatten sich schon an die 500 Menschen gedrängt, aber noch immer fehlten den allen Seiten neue Arbeitsplätze der Arbeit zu... gab eine... in der Gegend. So wie hier... im ganzen Baugewerbe... 11-15 Wochen arbeitslos... haben... /

Berlin heraus, um sich draußen in der Fremde ihr Brot zu suchen.

Trotzdem nun die schlechte Konjunktur vorherrschte, konnten wir in der Agitation einen kleinen Fortschritt machen. Sechs neue Verwaltungsstellen konnten wir neu gründen: Neue Königberg in der Markt, Leipzig, Neustrelitz, Kesselgrund und Wusterhausen D. Die Mitgliederzahl betrug im 4. Quartal 1912 742 und im 4. Quartal 1913 791. Wir möchten hierbei bemerken, daß wir in Groß-Berlin in diesem Jahre allein wieder 94 Kollegen weniger haben als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Diese Kollegen mußten wegen Arbeitslosigkeit außerhalb Arbeit suchen.

Die Lohnbewegung brachte an elf Orten geregelte Verhältnisse. Es wurde ein Mehrlohn von 1 bis 8 Pf pro Stunde herausgeholt. In Kesselgrund und Luckau kam es wegen Nichterhaltung des Tarifes im Laufe des Sommers zum Streit. In Luckau war es ein Arbeitgeber, der sich nicht an die Zahlung des Tariflohnes gewöhnen konnte. Nach sechstägigem Streit, an dem sich 42 Kollegen beteiligten, wurde auch dieses Geschäft zur Zahlung verpflichtet. Der Kampf in Luckau kostete 414,10 M, in Neuzelle 138,45 M.

Die sozialen Wahlen brachten an manchen Orten, namentlich dort, wo wir neu eingesetzt haben, unerwartet guten Erfolg. Auch sonst haben wir manche „Nichtüber-einstimmung“ mit unseren Gegnern regeln müssen, so daß unsere Kollegen an den Orten jetzt gefestigt dastehen.

Trotzdem der Bezirk nur noch im Nebenamte verwaltet wird, haben wir keinen Stillstand, sondern noch einen kleinen Erfolg, wie schon angegeben, zu verzeichnen. Der Berliner Bezirk wird sich auch wohl in der Zukunft nur langsam entwickeln können, die Verhältnisse liegen eben zu schwierig; wir wollen darüber weiter nicht schreiben, das haben wir in früheren Berichten zur Genüge getan. Hoffen wir nun, durch die geplante Anstellung zweier Kollegen im Bezirk endlich einmal festen Fuß zu fassen.

Vom Bezirksvertreter wurden 58 Mitglieder- und 29 öffentliche Versammlungen abgehalten, ferner nahm derselbe an 31 Lohnbewegungssitzungen und Konferenzen teil. Besten Dank allen denen, die mitgeholfen haben; mögen sie auch in diesem Jahre ihr Möglichstes tun. Die hoffentlich einsetzende bessere Baukonjunktur und andere Merkmale werden zeigen, daß auch der Berliner Bezirk noch einer Zukunft entgegengeht, die auch eine gute Entwicklung verspricht. E. Hilbrand-Berlin.

Verbandsnachrichten

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß mit dem 1. März die Beitragszahlung wieder begonnen hat. Am Sonntag, den 8. März ist der 1. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig.

Eisen-Ruhr. Der „Grundstein“ läßt sich in seiner Nr. 8 aus Eisen berichten, daß unser Jahresbericht „grobe Irrtümer“ enthalte. Wir hatten in der „Baugewerkschaft“ gesagt, daß die schlechte Bautätigkeit den roten Verband mehr mitgenommen hätte als uns. Seit 1911 hat der rote Verband in Eisen 533 Kollegen verloren. Dazu schreibt der „Grundstein“: „Ohne diese Zahl zu prüfen, mag sie als richtig angesehen werden.“ Also kein „grober Irrtum“, aber, so meint der „Grundstein“, eigentümlich sei es doch, daß wir unsere Verluste nicht angegeben hätten, und darum will der „Grundstein“ dieses nachholen. Wie das geschieht, ist so sehr interessant, daß wir das Rechenexempel den Lesern der „Baugewerkschaft“ nicht vorenthalten wollen.

Nach früheren Berichten, so schreibt der „Grundstein“, betrug die Mitgliederzahl der Eisener Christen am Schlusse des dritten Quartals 1911 2401 und 1910 2510. Ob diese Zahlen, wie gewöhnlich, im zweiten Quartal höher waren, lassen wir dahingestellt. Im Jahre 1913 betrug die durchschnittliche Mitgliederzahl 1915 und am Schlusse des Jahres 1503. Daß wir nach dieser Aufstellung mehr gelitten haben, vermögen wir beim besten Willen nicht einzusehen... Ja, wahrhaftig, nach dieser Aufstellung sehen wir ein, daß wirklich ein „grober Irrtum“ vorliegt. Denn, um uns einen großen Mitgliederverlust nachweisen zu können, nimmt der „Grundstein“ das dritte Quartal 1910 und als Vergleich dagegen die Mitgliederzahl am Jahreschlusse 1913. Wirklich, ein solcher Rechenmeister verdient den Titel „Künstler“. So niedrig hätten wir denn doch die Leser des „Grundstein“ nicht eingeschätzt, daß man ihnen ungestraft solchen Unsinn bieten darf. Wollten wir genau so demagogisch schreiben, dann könnten wir zum Beispiel schreiben: 1910 hatten die Kolon in Eisen am Schlusse des 3. Quartals 1811 Maurer, während sie am Jahreschlusse 1913 nur 1074 haben, offensichtlich sieht man dort jetzt schon Mauer.

Unsere Behauptung, daß der rote Verband im Jahre 1913 4591,25 M weniger eingenommen hat als 1910 und unsere Einnahme in der gleichen Zeit um 5187,10 M gestiegen ist, wird nicht bestritten. Gesagt wird nur, daß das auf verschiedene Umstände zurückzuführen sei; z. B. hätten 1910 die Bauhilfsarbeiter 44 und die Stukkatoren 52 Wochenbeiträge zahlen müssen, während sie 1912 nur 40 Wochen zahlten. Gewiß, nach dem Statut mag das richtig sein, aber in Wirklichkeit sieht die Sache anders aus. Die Zahlstelle der Stukkatoren hatte z. B. im Jahre 1910 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 269. Beitragsmarken wurden umgelegt 10483 oder pro Mitglied 36,9 Schilling. Wo bleiben da die 52 Wochen? Das wird hoffentlich genügen. Sollten aber diese Feststellungen des „Schwarzen“ Berichterstatters angezweifelt werden, so mag sich der Rechenmeister in seinen eigenen Rechenbüchern selber überzeugen.

Um nun zu betonen, daß die „Schwarzen“ in Essen 20 Mitglieder mehr verloren haben als die Weißen, wird ferner gesagt: „Nach der gleichen Rechnung der Beitragsmarken (beitragsfreie Marken nicht mitberechnet) ergibt sich, daß wir 2663 Beitragsmarken mehr verkauft haben als die Christen.“ Das ist Schwindel. Im Jahresbericht des „Grundstein“ werden einschließlich der beitragsfreien Marken als an die Mitglieder verkauft 165 Stück angegeben. In dem „Bericht“ Nr. 8 des „Grundstein“ nach Abzug der beitragsfreien Marken 106 Stück. Danach wären 359 beitragsfreie Marken abgegeben worden. Wir behaupten aber, daß 250 bis 1300 beitragsfreie Marken abgegeben wurden. Bemerkenswert ist noch, daß es im „Grundstein“ in seinem Essener Jahresbericht nicht darum ging ehrlich über unsere Organisation zu berichten, sondern es galt dieselbe herabzuwürdigen. Als Beweis mag dienen, daß der „Grundstein“ mit dem Vergleich, den er zwischen der Verwaltung des Essen und Dortmund anstellt, den Anschein zu erwecken versucht, als hätten wir Essen abgewirtschaftet. So muß schließlich auch der „Grundstein“ schreiben, wenn im eigenen Lager brodeln kann muß der „Schwarze Mann“ die „Zielbewußten“ im Auge halten. Wollten wir genau so schreiben wie der „Grundstein“, dann müßten wir feststellen, daß im Gauzirkel Dortmund der Zweigverein Essen immer der größte gewesen ist. Heute ist dieses anders. Während der Zweigverein Dortmund im Jahre 1910 einschließlich der außerschläger und Stultateure 45 479,65 M aus öffentlichen Beiträgen einnahm, vereinnahmte der Zweigverein Essen 61 282,05 M. Im Jahre 1912 dagegen vereinnahmte Dortmund 58 227,60 M, Essen dagegen nur noch 56 790,80 M. Die roten Dortmunder haben also eine Steigerung von 12 747,95 M, während Essen einen Verlust von 4581,25 M zu verbuchen hatte. Also, Vertreter „Grundstein“, du hast schon recht: Zahlen be- weisen.

Sieboldhausen. In unserer diesjährigen Generalversammlung wurde der Kassenbericht gegeben und die Vorstandswahl vorgenommen. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme für die Zentralkasse von 292,15 M und eine Ausgabe von 107,65 M (für Kranken- und Sterbepflichtversicherung). Die Lokalkasse hatte am Schlusse des vorigen Jahres 88,73 M Bestand. Die Einnahme in diesem Jahre betrug 84,25 M, zusammen 172,98 M. Die Ausgabe betrug 27,75 M, der Kassenbestand für das nächste Jahr 145,23 M. Die Zahl der Mitglieder betrug im ganzen Jahre 12, in der Winterzahlstelle 80. Die zahlenden Mitglieder bestehen in der Hauptsache aus Hornsteinbauern und einigen Fliesenlegern. Die Zahl in der Winterzahlstelle ist noch zu klein, wenn wir daran denken, daß in unserem Orte 110-120 christliche Bauarbeiter in Frage kommen, denen etwa 20 „frei“ organisierte entgegenstehen. Die Vorstandswahl ergab folgendes: Da unser bisheriger Vorsitzender, Kollege Heinrich Schneider, die Kassengeschäfte in der neugegründeten Verwaltungsstelle bereits übernommen hatte, mußte ein anderer dafür gewählt werden. Dies war der Kollege Johannes Verbarby; als Kassierer wurde der Kollege Franz Schöme gewählt, als Schriftführer Kollege Heinrich Hünemann; den Posten des Revisors übernahm Kollege Wilhelm Hünemann.

Hamm, Westf. (Verwaltungsstelle.) Am Sonntag, den 8. Februar, fand unsere Verwaltungsstellen-Konferenz statt. Die Zahlstellen Hamm (Zimmerer) und Pippborg waren nicht vertreten. Den Quartals- sowie Jahres- und Tätigkeitsbericht erstattete Kollege Wücher. Die Kassenberichte lagen den Delegierten im Druck vor. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Aus dem Jahresbericht sei folgendes hervorgehoben: Für das Hammer Lohngebiet konnten wir von einer schlechten Konjunktur nicht reden. Im Stadtgebiet wurden in 1913 425 Bauerlaubnisse erteilt. Es wurden errichtet 122 Wohnhäuser und 123 An- und Umbauten für Wohnzwecke, 12 Fabrikneubauten, 12 Familienbauten, 106 Stallungen und 95 sonstige kleine Bauten. Außerdem wurden zahlreiche Arbeiter an den Anarbeiten an der Lippe sowie an den umfassenden Sanierungsarbeiten der Stadt Hamm beschäftigt. Andere waren allerdings meist Ausländer tätig. Auch mehrere Zechen und Kolonienanlagen boten ziemliche Arbeitsgelegenheit. Soweit zu ersehen ist, wird auch in der kommenden Zeit reichlich Arbeitsgelegenheit hier vorhanden sein.

Die Befürchtung, die Lohnbewegung könne uns einen neuen Kampf bringen, hat sich nicht erfüllt, aber auch die Wünsche der Kollegen sind nicht vollumfänglich befriedigt worden. Die Lohnbewegung für die Maurer, Hilfsarbeiter, Stultateure und Dachdecker betrug 3 Pf. pro Stunde. Die Dachdecker erhielten eine Arbeitszeitverlängerung von einer halben Stunde. Die Fliesenleger mußten einen achtwöchigen Kampf führen, um zu einem Tarifvertrag zu kommen, der im Berichtsjahre 2 Pf. Lohnbewegung brachte.

Die Agitation ist unbefriedigend betrieben worden. Es mag dieses auf die gedrückte Stimmung im Frühjahr zurückzuführen sein, nach der Bewegung hätte erwartet werden können, daß allseitig ein größerer Agitationseifer eingesetzt hätte.

Die Mitgliederverhältnisse sind folgende: Bestand am Schlusse des Jahres 1912 564. Im Berichtsjahre wurden aufgenommen 343 und 12 Jugendliche, zugereist sind 684, 25 anderen Organisationen übergetreten 12, Summa 615 Mitglieder. Abgereist sind 852, ausgestritten 2, verstorben 5, unbekannt abgegangen 193, Gesamtabgang 1052, übrig Bestand am Schlusse des Jahres 563 Mitglieder. Es waren vorhanden am Schlusse des ersten Quartals 58, des zweiten Quartals 801, des dritten Quartals 816, des vierten Quartals 563 Mitglieder, somit Jahresdurchschnittszahl der Mitglieder 712.

Die Kassenverhältnisse waren wie folgt: Reineinnahme der Verwaltungsstelle 26 217 M, Kassenbestand am Schlusse des vorigen Jahres 3080,31 M. Dies macht eine Gesamteinnahme von 29 297,31 M. Von den Beitragsmarken entfallen auf das Mitglied im Durchschnitt

42,7 Stück, und an geleisteten Wochenbeiträgen im Jahre 30,64 M. Der durchschnittliche Wochenbeitrag einschließlich der Jugendbeiträge betrug 76 Pf. Die Ausgaben betragen insgesamt 24 688,15 M. Es verbleibt ein Kassenbestand von 4629,16 M. Von der Ausgabe sind an die Hauptkasse gesandt 14 173,18 M. Unterstützungen aus der Hauptkasse wurden gezahlt: Krankenunterstützung in 67 Fällen 1029,20 M, Sterbepflichtversicherung 456 M, Militärunterstützung an 8 Mitgliedern 43 M, Streitunterstützung 851,31 M, Rechtschutz für 11 Mitglieder 461,79 M. Die lokalen Ausgaben betragen 7653,60 M. Zahlstellen gehören zur Verwaltungsstelle 14. Rechtschutz wird im allgemeinen vom Arbeitersekretariat erteilt. Nur Streitigkeiten aus dem Tarifvertrage und sonstige kleinere Sachen werden von dem Lokalbeamten erledigt. Dies geschah in 16 Fällen, die 22 Auskünfte und 18 Schriftsätze erforderten. Die erzielte Summe betrug 183,55 Mark. Zur Erledigung der Organisationsangelegenheiten besuchte der Lokalbeamte 119 Mitgliederveranstaltungen, 26 Vorstandssitzungen, 14 Schlichtungskommissionsitzungen, 15 Kartellsitzungen und 41 sonstige Versammlungen und Konferenzen.

Die Beteiligung der Mitglieder an der stattgefundenen Wahl der Bauinnungsstranzenklasse der Maurer und Dachdecker usw. war unbefriedigend, weshalb uns auch nur zwei Vertreter zugefallen sind, während in der Kasse für die Schreiner und Zimmerer, wo eine gute Wahlbeteiligung unsererseits zu verzeichnen war, die christliche Liste gesiegt hat. Es muß verlangt werden, daß in Zukunft bei Wahlen die Kollegen besser ihre Pflicht tun. Die Lohnbewegungen wurden alle bis auf die der Fliesenleger friedlich beendet. Die letzteren mußten einen achtwöchigen Kampf führen, um zu einem Tarifvertrag zu kommen, der bei der Arbeitsaufnahme 2 Pf., 1914 1 Pf. und 1915 1 Pf. Lohnbewegung vorsieht. Der Bauarbeiterstreikfrage ist bisher nicht das genügende Interesse entgegengebracht worden, weshalb sich mancherlei Mißstände auf den Baustellen zeigten. Es muß in Zukunft die Kollegen mehr auf den Schutz von Leben und Gesundheit bedacht sein und in der Abstellung von Mißständen mithelfen. Auch muß unser Arbeitsnachweis mehr gepflegt werden; offene Arbeitsstellen sind der Geschäftsstelle sofort mitzuteilen.

Alles in allem können wir mit dem Berichtsjahre zufrieden sein. Den treuen Vorstands- und Vertrauensleuten, die mitgearbeitet haben, sei der Dank ausgesprochen, was auch auf der Konferenz geschah. Mögen in diesem Jahre noch mehr Kollegen zur Mitarbeit bereit sein.

Der Bericht wurde mit Beifall aufgenommen und der Leitung der Dank für die vielseitige Tätigkeit ausgesprochen.

Bezirksleiter, Kollege Vestum hielt einen kurzen Vortrag über den ideellen und materiellen Zweck der Organisation und über unsere Aufgaben in der Zukunft.

Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: Wücher als erster und Heinz Stewing als zweiter Vorsitzender; Joh. Wücher als erster, Heinz Göbhardt als zweiter Kassierer; Gerh. Bennemann als erster, Joh. Einig als zweiter Schriftführer; als Revisor Heinz Weßelmann-Berne, Wücher, Lejer-Hövel und Aug. Bertgehall-Herbern; als Revisoren Franz Seiler-Waßbedde, Ed. Arendt und Zimmerer Heinz Dickmann; als Schlichtungskommission Joh. Wücher, Joh. Wolf, und als Stellvertreter Joh. Einig. Im Besonderen wurde erneut festgelegt, daß die Schlussmarke nur dann erteilt werden kann, wenn der pflichtgemäße Winterbeitrag ganz bezahlt ist. Nach Besprechung weiterer aus den Delegierten hervorgegangener Anregungen wurde die schon verkaufene Konferenz geschlossen. Mögen die Delegierten nunmehr auch die Anregungen und Beschlüsse draußen in ihren Zahlstellen zu verwirklichen suchen, damit sich unsere Reihen vermehren und weitere Erfolge erzielt werden können. Joh. Wücher.

Heiligenstadt. Am Sonntag, den 8. Februar, fand im Lokale „Restaurant zur Insel“ die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Der Vorsitzende, Kollege Maas, hieß die erschienenen Kollegen herzlich willkommen. Er teilte einleitend mit, daß sich die Verwaltungsstelle vergrößert hat. Es haben sich noch angegeschlossen Deuren und Steinbach, so daß die Verwaltungsstelle sechs Zahlstellen hat, nämlich Heiligenstadt, Westhausen, Ginterode, Geisleden, Deuren und Steinbach. Aus sämtlichen Zahlstellen waren Kollegen erschienen, nur aus Steinbach nicht; es hätte uns sehr gefreut, wenn auch Kollegen von dort erschienen wären. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bekanntgabe der Abrechnung vom 4. Quartal und der Jahresbericht von 1913. 2. Abrechnung der Verwaltungsstellenkasse. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Kollege Göbel erstattete den Kassenbericht. Die Gesamteinnahme der Verwaltungsstelle betrug 2294,25 M; am Schlusse des vorigen Jahres war ein Kassenbestand von 484,20 M vorhanden, mithin eine Gesamteinnahme von 2778,45 M. Die Gesamtausgaben betragen 2271,63 M, es bleibt somit ein Kassenbestand von 506,82 M. Von den Ausgaben sind an die Zentralkasse gesandt in bar 1817,63 M. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: erster Vorsitzender Karl Heinländer-Ginterode, zweiter August Gesse-Deuren; erster Kassierer Leo Göbel-Heiligenstadt, zweiter Joseph Kreuzburg-Westhausen; Schriftführer Paul Amierem-Bodenrode, Zahlstelle Westhausen; Revisoren Joseph Kaufhold-Geisleden und Peter Träger-Heiligenstadt. Unter Verschiedenes teilte Kollege Deurer-Heiligenstadt einiges über die Düsseldorf-Krankengeldzuschußkasse mit. Das Jahr 1913 war für uns ein Jahr guter Entwicklung. Am Schlusse des Jahres 1912 hatten wir 129 Mitglieder, dagegen am Schlusse des Jahres 1913 144. Aufgenommen wurden 23 Mitglieder, zugereist sind 47, abgereist sind 25, gestorben 1. Der Verstorbene war unser verdienstvoller Kollege Struhmann-Ginterode. Er war es, der bahnbrechend für unsere Bewegung eintrat, leider wurde er uns zu früh durch den Tod (Unglücksfall) entzogen. Wir haben aber gelobt, dafür zu sorgen, daß das, was Kollege Struhmann geschaffen hat, weiter

gefördert wird. Bei der Tarifbewegung wurde Heiligenstadt nur mit 3 Pf. Lohnbewegung bedacht. Wir haben jedoch die Situation erkannt, hat doch Heiligenstadt in den letzten Jahren 8 Pf. Lohnbewegung erzielt, immerhin ein Beweis, daß durch harte Arbeit etwas erreicht werden kann. Von 1906 bis 1910 haben wir — ganz besonders unsere Westhäuser Kollegen — ohne jeden materiellen Erfolg ausgehalten. Die „Berliner“ haben hier keine Mitglieder gewinnen können. Die „Genossen“ zählen noch kein halbes Duzend, und wenn sie mal einen erwischen, dann sind es nur solche, die bei uns keine Beiträge zahlen konnten, also wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mußten. Die sind weder laut noch warm, sondern nur lau. Nun betreiben sie meistens den billigen Jakob. Der Stundenlohn beträgt hier 42 Pf., demnach zahlen wir statutgemäß 50 Pf. wöchentlichen Beitrag. Die „Genossen“ zahlen hier nur 45 Pf. und machen damit Reklame. Wenn sie jetzt wegen der Arbeitslosenunterstützung einen um 20 Pf. höheren Beitrag zahlen müssen, wird ihnen der Atem bald ausgehen. Gibt es mal einen Kollegen aufzunehmen, dann bieten sich die „Genossen“ gleich billig an. Kürzlich sollte ein Kollege, der wegen rückständiger Beiträge gestrichen war, wieder aufgenommen werden. Wir stellten ihn vor, er sollte neun Wochenbeiträge nachzahlen. Flugs waren die „Genossen“ bei der Hand und erklärten: „Bei uns kommst du billiger davon, da brauchst du nur 50 Pf. Eintritt zu zahlen.“ Eine solche „Konkurrenz“ brauchen wir wirklich nicht zu fürchten. Allen Kollegen möchten wir raten, im neuen Jahre ebenfalls wie in den verfloßenen Jahren auf den Posten zu sein, ob Hand in Hand miteinander zu arbeiten. Erfüllt jeder seine Pflicht, wird man auch uns wie dem Kollegen Struhmann nachrufen können: er war ein eifriger, strebsamer Kollege.

Pippborg. Am Sonntag, den 8. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht. Die Jahreseinnahme in 1913 betrug 2026,11 M, die Ausgabe 1647,20 Mark. Der Lokalkassenbestand betrug am Schlusse des Jahres 1913 386,11 M. Der Mitgliederbestand war 98. 2. Vorstandswahl. Als 1. Vorsitzender wurde gewählt Kollege A. Meier, als 2. Kollege E. Bernards, als Kassierer J. Kleinemeier, als Hauptkassierer für Pippborg W. Müller, für Schlagen Hippenhausen, 1. Schriftführer A. Kisse, 2. K. Göte, Revisoren B. Jennemeier und Sprenger, als Delegierte A. Deleker und J. Kleinemeier. Nach Erledigung der Vorstandswahl hielt Kollege Meier noch einen Rückblick auf das verfloßene Jahr und ermahnte die Kollegen, wie im verfloßenen Jahre, so auch jetzt wieder ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

Obernorf. Am 8. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Vortrag. Der Jahresbericht erstattete Kollege Dietrich. Aus demselben ist zu entnehmen, daß sich unsere Zahlstelle in diesem Jahre aufwärts entwickelt hat. Der Kassenbericht wurde beifällig aufgenommen und dem Kassierer Entlassung erteilt. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: erster Vorsitzender Wücher, zweiter Albert Gädler; erster Kassierer Fr. Mengel, zweiter Fr. Schneider; erster Schriftführer Heinrich Gädler, zweiter Heinrich Wied; als Revisoren die Kollegen Karl Mengel und Wücher Schmidt. Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl an und gelobten, mit aller Kraft für die Erhaltung unseres Verbandes zu wirken. Kollege Achenbach-Siegen hielt hierauf einen längeren Vortrag über die anti-sozialistische Strömung der Gegenwart. Mit aller Kraft streben sozialistische Kreise dahin, durch Ausnahmegesetze die Arbeiterchaft zu knebeln, um sie so an ihrem Aufstieg zu verhindern. Dieses zeige klar das „Leipziger Kartell“, sowie das Gesetz nach mehr Arbeitswilligkeit und Streikpostenverbot. Demgegenüber sei eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung dringend notwendig. Mit der Aufforderung, mehr als je zuvor für die Ausbreitung unseres Verbandes zu wirken, schloß Redner seine Ausführungen.

Pönan. Am 8. Februar hielt unsere Verwaltungsstelle die ordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen nachstehende Punkte: 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl. 4. Anträge. Nach Eröffnung der Versammlung durch Kollegen Wilhelm Jen. wurde der Jahresbericht beifällig angenommen. Der Inhalt befaßte sich mit der Lohnbewegung 1913 und der schönen Gebe des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes gegenüber unserer Verbände. Der innere und äußere Ausbau der Organisation machte sich dagegen im Kassenbericht in erfreulicher Weise geltend. Die Gesamteinnahmen betragen 1159,53 M, die Gesamtausgaben 1035,59 M. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 123,94 M. Die Zahl der Mitglieder ist 51. Nach Bekanntgabe der Kassenverhältnisse wurde der Gesamtvorstand Entlassung erteilt und die Neuwahl vorgenommen. Von einigen Änderungen abgesehen, sind nachstehende Kollegen wiedergewählt: erster Vorsitzender Johann Wilhelm, zweiter Joseph Stiedt; erster Kassierer Joseph Brandstetter, zweiter Johann Klein; Schriftführer Joseph Stieglbauer; als Revisoren Joseph Kleffinger und Franz Wilhelm. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl dankend an. Zu Punkt 4 nahm Johann Kollege Wilhelm jun. das Wort. In klarer Weise führte er den Kollegen vor Augen, welche Arbeit vergangenes Jahr geleistet wurde, und welche uns in Zukunft bevorsteht. Besonders scharf hob er hervor, daß es gerade der Deutsche Bauarbeiterverband war, der in der Wahl seiner Mittel zur Bekämpfung unserer Zahlstelle nicht wäherlich war, und daß es allem gewerkschaftlichen Anstandsgesühl Lohn spricht, wie die führenden Kollegen der Zahlstelle von den Genossen bekämpft wurden. Wir sind die Antwort nicht schuldig geblieben und haben es im Laufe des Jahres so weit gebracht, daß unsere Zahlstelle sowohl finanziell als auch materiell gefestigter dasteht, als je zuvor. Mit einem Hoch auf den christlichen Bauarbeiterverband und der Lösung:

Mit Gott im neuen Jahre schloß Kollege Wilhelm seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Regensburg. In unserer am 8. Februar stattgefundenen Versammlung referierte Kollege Gammel über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. In trefflichen, zu Herzen gehenden Worten schilderte er den Ursprung und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften, welche gewaltigen Kämpfe sie führen mußten, um die Macht zu erlangen, die sie heute besitzen. Die christlich und national denkende Arbeiterschaft benötigte dringend eine ihren Anschauungen entsprechende Organisation. Die sogenannten "freien" Gewerkschaften konnten das nicht sein, denn diese sind mit der Sozialdemokratie auf Gedeih und Verderb verbunden, und ihrem innersten Wesen nach antichristlich. Bei politischen Wahlen verfechten sie die Interessen der Sozialdemokratie, auch tragen sie in sehr vielen Fällen zu den Wahlkosten bei. Die christlichen Gewerkschaften wollen praktische Arbeit leisten im Interesse der Arbeiterschaft. Infolge ihrer Grundzüge sind sie in hervorragender Weise dafür geeignet. Ihre Verdienste für die Arbeiterschaft sind sehr groß, sie stehen geachtet und geschätzt ihren vielen Gegnern gegenüber. Es gilt, mit Mut und Entschlossenheit an ihrer weiteren Stärkung zu arbeiten. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Kollege Gees gab den Bericht von der Ausschussprüfung der Verwaltungsstelle. Er bedauerte es, daß neun Mitglieder ihre Bücher nicht in Ordnung hatten. Hauptächlich ist dies auf die schlechte Konjunktur zurückzuführen. Das muß uns Veranlassung geben, auf der Hut zu sein, denn lassen wir den Verband in Verzug kommen, wird es schlecht um unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestellt sein. Fest und treu müssen wir zusammenhalten. Männer wollen wir sein, das können wir aber nur sein, wenn wir mit festem, unbegleitbarem Willen unser Ziel verfolgen. Redner forderte demgemäß zu pünktlichem Versammlungsbesuch und eifriger Agitation auf. Unsere Versammlungen finden von jetzt ab an jedem ersten Sonntag im Monat statt.

Regensburg. Am 1. Februar hielten wir in der „Eisernen Stirne“ zu Stadthaus unsere Generalversammlung ab, die gut besucht war. Die Tagesordnung enthielt: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Erledigung eingegangener Anträge, 3. Tariflohn und Beiträge im Verbands, 4. Neuwahl des Vorstandes. Kollege Seyler gab den Jahres- und Kassenbericht, der zur Zufriedenheit der Versammlung ausfiel. Ueber den dritten Punkt referierte Kollege Schneider-München. Auch dieser Punkt und die Anträge wurden glatt erledigt. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Johann Heil, 2. Vorsitzender Johann Schöb, 1. Kassierer Joseph Seyler, 2. Kassierer Fritz Ebner; Schriftführer Fritz Ebner; Revisoren Jakob Seigl und Michael Geertl; Kartellbelegierter Joseph Barth. Die Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, ihre Pflicht und Schuldigkeit im Interesse des Verbandes zu erfüllen, was sie aber auch ebenso von sämtlichen Mitgliedern erwarten.

Selm. Am Sonntag, den 8. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, zu der auch Kollege Guler aus Dortmund erschienen war. Der Vorsitzende, Kollege Overheil, gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag, 4. Anträge und Verschiedenes. Aus dem Jahres- und Kassenbericht, den Kollege Kortendiek gab, sei folgendes wiedergegeben: Es wurden im Jahre 1913 aufgenommen 47 Mitglieder, zugereist sind 41, abgereist 89, aus anderen Organisationen zu uns übergetreten einer. Es verbleiben somit am Schluß des Jahres 1913 40 Mitglieder. Am Schluß der einzelnen Vierteljahre waren Mitglieder vorhanden: 1. Quartal 83, 2. Quartal 97, 3. Quartal 54, 4. Quartal 49. Krankengeld wurde ausbezahlt in drei Fällen für 87 Tage 58,20 M., für Sterbengeldzahlung in einem Fall 45 M. Es wurden im Laufe des Jahres nach der Verwaltungsstelle Dortmund gesandt 1719,22 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 241,29 M. und eine Ausgabe von 229,68 M. Der Lokalkassenbestand betrug am Schluß des 4. Quartals 1913 184,84 M., die bei der diesjährigen Darlehnskasse angelegt sind. Karten wurden im Laufe des Jahres verkauft: 22 Eintrittsmarken à 50 Pf., 74 Jugendmarken à 10 Pf., 18 Beitragsmarken à 50 Pf., 135 à 65 Pf., 137 à 70 Pf., 942 à 12 Pf., 1012 à 80 Pf., 38 Arbeitslosenmarken à 30 Pf., 1 Lokalkassenmarke à 10 Pf., 197 à 20 Pf., 47 à 50 Pf., 59 Eintrittsmarken à 1 M., 48 Patente à 15 Pf. Dann wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Als 1. Vorsitzender wurde gewählt Kollege Heinz Overheil, als 2. Kollege Wilh. Schwenke, als Kassierer Kollege Heinz Kortendiek, als Hauskassierer die Kollegen Hugo Jannemann und Josef Fiegand, als Schriftführer Kollege Georg Morik, als Revisoren die Kollegen Friedrich Heine und Aug. Baderjournig, als Kartellbelegierter Kollege Overheil. Dann hielt Kollege Guler ein Referat über die in den Gebieten herrschende Dohrkrankheit. Zum Schluß richtete er Worte des Dankes an alle Kollegen und forderte sie auf, von jetzt an die Versammlungen pünktlich und eifrig zu besuchen. Zur Punkt Erledigung wurde beschlossen, das jährliche Fest der Dohrkrankheit im Laufe des Sommers durch ein Festmahl zu feiern, wozu eine landesweite Kommission gewählt wurde, die das Weitere veranlassen soll. Das jährliche Fest soll Altendorf, wo wir seit Gründung der Dohrkrankheit tagen, wurde wiedergewählt. Mit einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden an die Kollegen, mit warmem Mut in die Frühjahrssagitation eingetreten, schloß er die sehr anregend verlaufene Generalversammlung.

Selm. Am 8. Februar fand hier im Vereinslokal unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Der Vorsitzende hielt ein Referat über die Dohrkrankheit. Zum Schluß richtete er Worte des Dankes an alle Kollegen und forderte sie auf, von jetzt an die Versammlungen pünktlich und eifrig zu besuchen. Zur Punkt Erledigung wurde beschlossen, das jährliche Fest der Dohrkrankheit im Laufe des Sommers durch ein Festmahl zu feiern, wozu eine landesweite Kommission gewählt wurde, die das Weitere veranlassen soll. Das jährliche Fest soll Altendorf, wo wir seit Gründung der Dohrkrankheit tagen, wurde wiedergewählt. Mit einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden an die Kollegen, mit warmem Mut in die Frühjahrssagitation eingetreten, schloß er die sehr anregend verlaufene Generalversammlung.

Markt. Es bleibt somit ein Kassenbestand von 59,01 M. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Als erster Vorsitzender wurde Max Krenz gewählt, als zweiter Paul Wiese; als erster Kassierer Wilhelm Niehner, als zweiter Paul Silorra; als Schriftführer Richard Proh; als Revisoren Max Radke und Gustav Wegner; als Hauskassierer für Schönlanke Ernst Mittelstädt, für Erefia Hans Potwe; in die Schlichtungskommission Max Krenz, Adolf Dombrowske und Karl Brecher; als Kartellbelegierter Niehner, Silorra und Thon. Dann wurde beschlossen, daß die Versammlungen wieder pünktlich am Sonntag nach dem ersten eines jeden Monats, nachmittags 2 Uhr, abgehalten werden sollen. Das Schlußwort nahm der Kollege Dombrowske. Er ermahnte die Kollegen zu treuer Mitarbeit und regem Versammlungsbesuch. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften wurde die Versammlung um 4 Uhr geschlossen.

Stahle. Am 9. Februar fand unsere Generalversammlung statt, welche schlecht besucht war. Das Bedauerliche ist, daß gerade die Mitglieder, welche stets am Orte verbleiben, so wenig Interesse an dem Verbandesleben zeigen. Die Tagesordnung der Generalversammlung bildeten der Kassenbericht und die Vorstandswahl. Kollege H. Steffen erstattete den Kassenbericht vom Jahre 1913. Die Reineinnahme der Verwaltungsstelle betrug 678,25 M. Am Schluß des vorigen Jahres war der Lokalkassenbestand 340,31 M.; das macht eine Gesamteinnahme von 1018,56 M. Die Ausgaben betrugen insgesamt 636,87 M., somit bleibt ein Lokalkassenbestand von 381,69 M. An die Zentrale wurden im Laufe des Jahres 449,42 M. gesandt. In der Ausgabe sind 82,50 M. für Krankenunterstützung und 43 M. für Lohnbewegung und Bezirkskonferenz enthalten. Die Lokalausgaben betrugen 62,05 M. Bei der Vorstandswahl zeigten die anwesenden Kollegen wenig Bereitwilligkeit für die Annahme eines Vertrauenspostens. Es wurde als 1. Vorsitzender gewählt Koll. Joh. Steffen, als 2. Kollege Ferd. Berdehausen, als 1. Kassierer H. Steffen, als Hauskassierer Wilh. Hoppe, als Schriftführer Joh. Strud, als Revisoren H. Potthof und Joh. Dilmer. Öffentlich werden im neuen Jahre die Kollegen sich nicht nur als Mitglieder, sondern auch als tüchtige Gewerkschaftler zeigen.

Steinbach. Am Freitag, den 13. Februar, hielt unsere Jahreshilfe eine öffentliche Versammlung ab, welche gut besucht war. Kollege Schneider eröffnete dieselbe und erteilte dem Kollegen Höllmer das Wort zu seinem Vortrag über den dritten deutschen Arbeiterkongreß. Redner führte etwa folgendes aus: Nachdem das Deutsche Reich gegründet und geehrt und auch das deutsche Wirtschaftsleben erblüht war, wurde die Sozialpolitik in Angriff genommen, die namentlich in den ersten Regierungsjahren unseres jetzigen Kaisers besonders gefördert wurde. Durch die Sozialpolitik sollte das Los der lohnarbeitenden Klassen gebessert und die immer stärker wachsende Sozialdemokratie zurückgedrängt werden. Letzteres ist leider nicht eingetreten, im Gegenteil, die Sozialdemokratie ist jetzt 1912 die stärkste Partei im Reichstage. Durch die Politik der Sozialdemokratie, die darauf hinausgeht, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen und an ihre Stelle die sozialistische zu setzen, sowie durch den Terrorismus derselben gegen Andersdenkende wird Wasser auf die Mühlen der Schanzmache gekiepert. Diese erheben jetzt Kühner denn je ihr Haupt, um ihre Pläne durchzusetzen. Nachdem sie mit dem Sozialistengesetz Zwang gemacht, suchen sie mit Arbeitswilligenübergelegen und Fällung gelber Gewerkschaften die Arbeiterschaft niederzuhalten. Um zu diesen arbeitserfindlichen Bestrebungen Stellung zu nehmen, tagte der dritte deutsche Arbeiterkongreß. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hat durch diesen Kongreß bezeugt, daß sie jede Ausnahmegeetze gegen die Arbeiter verurteilt. Die christlich-nationale Arbeiterschaft verlangt von der Deffentlichkeit und Gesetzgebung, daß sie genau so behandelt wird, wie die anderen Stände. Sie verlangt einen weiteren Ausbau der Arbeiterversicherung und des Arbeiterlohnes. Nicht durch Ausnahmegeetze kann die Sozialdemokratie überwunden werden, sondern durch eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Trier. (Jahresbericht.) Am Sonntag, den 8. Februar, fand unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Unsere zukünftigen Aufgaben, 4. Anträge und Verschiedenes. Dem Jahres- und Kassenbericht sei folgendes entnommen: Das vergangene Jahr war für uns ein Jahr des Fortschritts und des Erfolges. Die Hauptleistung war durch die Errichtung größerer Müllarbeiten in ein Stadium getreten, wie es Trier im letzten Jahrzehnt nicht gesehen hat. Die gute Konjunktur, sowie das Vertrauen der Bauarbeiter zu unserem Verbands, nicht zuletzt die Mitarbeit vieler und treuer Kollegen haben zu dem Erfolge wesentlich beigetragen.

Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 1912 432. Aufgenommen wurden 817 Mitglieder, zugereist 19, aus anderen Verbänden übergetreten 104. Summa 1372. Abgereist sind 185, ausgezogen wurden 10, ausgezogen durch Abmeldung 128, unbekannt abgegangen 313 und gestorben sind 3 Mitglieder, Summa 639. Verbleiben somit am Jahreschluß 733 Mitglieder. Die Jahresbeiträge betragen somit 301. Die Mitgliederzahl der einzelnen Quartale war folgende: 1. Quartal 485, 2. Quartal 747, 3. Quartal 811 und 4. Quartal 733; die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug demnach 694. Den einzelnen Quartalen nach verteilt sich die Mitgliederzahl wie folgt: Januar 332, Februar 330, Staffeleure 34, Januarer 15, Dachdecker 2, Zementure 4 und Jugendhilfe 16. In Karten wurden im Berichtsjahre umgesetzt: Eintrittsmarken 817, Lokalkassenmarken zu 10 Pf. 3211, Arbeitslosenmarken zu 25 Pf. 6163, Agitationsmarken zu 60 Pf. 601, Summa 1139 und wöchentliche Beiträge inkl. Arbeitslosen- und Jugendhilfen 23499 6163.

Von den Beitragsmarken entfallen somit auf das abgelaufene Jahresdurchschnitt 34 Stück und an geleisteten Wochenbeitrag 21,85 M. Das ergibt somit einen durchschnittlichen Wochenbeitrag von 54,6 Pf.

Die Reineinnahme beträgt 18 555,85 M. Der Kassenbestand am Schluß des vorigen Jahres 284,10 M., hin eine Gesamteinnahme von 18 839,95 M. Ein gegenüber dem Vorjahre von 6427 M. Die Gesamtausgaben betrugen 16 635,46 M., verbleibt somit ein Kassenbestand von 2204,49 M. Von den Ausgaben sind bar an die Zentrale gesandt 10 480,57 M.

An Unterstützungen wurden gezahlt: für Krankenunterstützung 587,20 M., für Sterbengeldunterstützung 27 für Gemäßigtenunterstützung 14,25 M., in Summe 977,45 M. Die lokalen Ausgaben betragen 5077,4 M.

Die Lohnbewegungen wurden alle auf friedliche Weise beendet. Der Versammlungsbesuch kann gesehen von der Zeit während der Tarifbewegung als befriedigend angesehen werden. Rechtschick in 95 Fällen erteilt. Der erzielte Erfolg beläuft sich auf 545,09 M. Zum Schluß dankte Kollege Guler allen Kollegen für ihre treue Mitarbeit und gab Hoffnung Ausdruck, daß es sich alle Kollegen zur Hoffnung machen, auch in diesem Jahre an der weiteren Stärkung des Verbandes mitzuarbeiten.

In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: erster Vorsitzender Joseph Föhr, zweiter Matth. Wieringer, erster Kassierer L. Baque, zweiter N. Geb; erster Schriftführer Matth. Wazzen, zweiter Jakob Gernesdorf; joren die Kollegen Jakob Müller, Peter Waringer, Peter Wagner. Ueber unsere zukünftigen Aufgaben sprach unser Bezirksleiter, Kollege Willenbrand. Die Einigkeit und der feste Wille in der heutigen Generalversammlung sei der beste Beweis für den schönen Fortschritt. Die Stärkung unseres Verbandes sowie der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung müsse Pflicht jeden Kollegen sein. Die Kämpfe der letzten Wochen Monate haben für uns volle Klarheit geschaffen. Der jetzt einsetzenden Frühjahrssagitation müsse jeder Kollege auf seinem Posten sein, um die Reihen unseres Verbandes weiter zu stärken.

Kollege Baque teilte noch mit, daß auch in diesem Jahre seitens der Zentrale für die in der Agitation tätigen Kollegen eine Prämie in Form von guten Büchern und Broschüren bekommen sollen, worauf die interverlaufene Versammlung geschlossen wurde.

Wiedenbrück. Am 8. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Zuerst wurde der Kassenbericht Kassierer gegeben. Der Bericht erstreckte sich auf die vom Oktober bis Ende 1913. Die Abrechnung für die Vorstandswahl vollzog sich glatt, und es wurde der alte Vorstand fast sämtlich wiedergewählt. Als Vorsitzender wurde gewählt Franz Pietig, Nhebaer Tor als Kassierer Heinrich Weising, Klingelbrinckstr. 369, Schriftführer Karl Weimes, als Revisoren Franz Köppler, Lange Straße, und Heinrich Westphale, Güllöher Tor, als Hauskassierer Konrad Weitzmann, Lange Straße, und Hermann Temme, Lange Straße. Die gewählten Kollegen versprachen, alle Kräfte anzusetzen um die Organisation vollständig einzuführen und mit auch für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen etwas zu erreichen. Bezirksleiter Kollege Berner hielt eine kernige Ansprache an den neu gewählten Vorstand und ermahnte zu treuer Pflichterfüllung. Er gab er gute Ratshläge in betreff der Frühjahrssagitation. Soll ein guter Erfolg erreicht werden, dann jeder einzelne Kollege tatkräftig mitarbeiten an der Gewinnung der fernstehenden Kollegen. Darum vor allem nur Ausdauer führt zum Ziel. Nachdem noch einige geschäftliche Sachen geordnet waren, erfolgte Schluß der verlaufenen Versammlung.

Fliesenleger.

Essen. Am Sonntag, den 7. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Jahresbericht, 2. Bericht der Schlichtungskommission, 3. Vorstandswahl, 4. Lokalfrage, 5. Verschiedenes. Kollege Kirchner erstattete den Jahresbericht der Verwaltungsstelle. Er streifte auch unsere Bewegung im Fliesengewerbe und stellte fest, daß wir in diesem Jahre, den Verhältnissen entsprechend, ganz gut abgeschnitten hätten, sei doch unser Stundenlohn in den Beitragsjahren von 80 Pf. auf 88 Pf. gestiegen, hätten die Allordpositionen dort, wo es möglich war, Steigerungen erfahren. Die Auslösung für auswärtsarbeiten, welche früher durch Prozente geregelt war in dem neuen Vertrage in feste Sätze umgewandelt worden. Aus dem Erreichten und Bestehenden ist zweifellos Besserstellung unserer Verhältnisse zu entnehmen. Abschließend erstattete der 1. Vorsitzende, Josef Diebich, den Jahreshilfenbericht. Danach beträgt die Mitgliederzahl 43. Der Versammlungsbesuch betrug durchschnittlich 50 Prozent der Mitglieder. Festgestellt muß werden, es sich bei den Versammlungsbesuchern fast immer um ein und dieselben Kollegen handelte. Wir sprechen demnach dringend die Bitte aus, es möchten im neuen Jahre alle Kollegen fleißig die Mitgliederversammlungen besuchen. Zu Punkt 2 teilte der Vorsitzende mit, die Schlichtungskommission beschlossen habe, daß die Löhne von 1,20 M. auch dann gezahlt werden müßten, wenn die Arbeitsstelle und Wohnort des Fliesenlegers in der Bezirksamtszone liegen, jedoch der Fliesenleger nicht am Tag die Wohnung erreichen kann. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender Georg Sommer, 2. Vors. Wilh. Brune; 1. Schriftführer Friedrich Wollersien, 2. Schriftf. Johann Düring, als Kartellbelegierter Peter Küllzer und Gerhard Bräunel als Schlichtungskommissionsmitglied, sowie Agitationsleiter Josef Diebich. Zum Schluß wurde beschlossen, unsere Mitgliederversammlungen jeden ersten Sonntag im Monat, im Gewerkschaftshause, Frohnhauser Straße abzuhalten.

Stukkateure.

Gosbach. Am Montag, den 9. Februar, fand im Hof zum Hab unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Rechenschaftsbericht. Referat vom Bezirksleiter Preuß-Stuttgart. 3. Wahl. Verschiedenes. Vorsitzender Ullman hieß alle Anwesenden herzlich willkommen, besonders dankte er unserem Bezirksleiter Preuß für sein Erscheinen. Die Versammlung war sehr gut besucht, es waren alle ortsanwesenden Stukkateure erschienen. Aus dem Rechenschaftsbericht ist zu entnehmen, daß trotz der großen Ausgaben 110 M. veranschlagt werden konnten. Kollege Preuß gab in einem kurzen, aber sehr lehrreichen Ueberblick über die vergangene Saison. Am Schlusse seines Vortrages er noch kurz auf die fortwährenden Forderungen seitens der „Deutschen Volksversicherung“ zu sprechen. Er betonte besonders: „Wir sind, was wir sind.“ Dies wurde von der Versammlung mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Es wurde nun zur Wahl geschritten. Unser erster Vorsitzender Ullman nahm eine etwaige Wiederwahl nicht mehr an. Kollege Preuß wurde einstimmig zum Vorsitzenden der ersten Wahlperiode gewählt. Er hat sich sehr viele Verdienste erworben, und wir sprechen ihm nochmals unseren herzlichsten Dank aus für alle seine Mühen und Arbeiten. Seine Stelle trat der zweite Vorsitzende Hagenmeyer, zweiter wurde Albert Schweizer gewählt, 3. Vorsitzender der ersten und 3. Vorsitzender der zweiten Wahlperiode; zu Revisoren R. Götz und H. Müller; zum Ausschuß Aug. Straub und Hub. Unter Verschiedenes wurde von einem Kollegen ein Antrag gestellt, Krankenunterstützung aus der Kasse zu gewähren. Es wurde einstimmig folgender Bescheid erlassen: „Jedes Mitglied, welches berechtigt ist, die Krankenunterstützung zu beziehen, erhält einen Zuschuß von 20 Pf. pro Tag aus der Kasse.“ Es ist aber jeder Generalversammlung vorbehalten, diesen Bescheid zu ändern.“ Zum Schlusse der Versammlung richtete Bezirksleiter Preuß noch einen Appell an die Kollegen, auch in diesem Jahre mitzuwirken. Möge darum ein jeder bestrebt sein, die Kasse zu vergrößern, es darf kein Mitglied fehlen. Um 1/21 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Das erste Jahr

Am 25. Januar 1914 konnte die „Deutsche Volksversicherung“ auf das erste Jahr ihres Bestehens zurückblicken. Ein Jahr ist keine lange Zeitspanne und doch bedeutungsvoller Abschnitt für ein Unternehmen, wenn das erste Jahr der Tätigkeit bildet. Es erscheint uns wohl am Platze, einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung zu werfen, welche die „Deutsche Volksversicherung“ in diesen 12 Monaten genommen hat.

Am 25. Januar der Gesellschaftsvertrag vollzogen wurde, waren sich die Gründer der „Deutschen Volksversicherung“ darüber einig, daß es keine leichte Aufgabe sein würde, die großen Ziele zu verwirklichen, dem neuen Unternehmen gesetzt waren. Sie mußten es schwere Kämpfe geben würde, bevor sich die Früchte der harten Arbeit zeigen würden. Aber geleitet von dem Gefühl der Verantwortlichkeit, machten sie sich gleichwohl an die Arbeit, dem großen Rahmen, den man am Gründungstage geschaffen hatte, nun auch einen gleichwertigen Inhalt zu geben.

Aus dem Volk heraus war die „Deutsche Volksversicherung“ entstanden. Mit dem Volk und für das Volk zu arbeiten, hatte sie sich zum Ziele gesetzt. So legte sie den Grundstein der Verwaltung eingerichtet war, das Hauptgewicht darauf, der Gesellschaft die breite Grundlage zu schaffen, die für eine erfolgreiche Tätigkeit eine wesentliche Vorbedingung bildet. Diese Bedingungen sind von vollem Erfolge begleitet gewesen. Inmitten aller parteipolitischen, wirtschaftlichen und konjunkturellen Kämpfe, die unser Volk und unser Vaterland zerschütten und zerreißten, bildet die „Deutsche Volksversicherung“, hinter der heute bereits Organisationen aller Berufsstände mit mehr als 2 Millionen Mitgliedern stehen, ein einzigartiges, aber besto erfreueres Bild bürgerlicher Gemeinschaftsarbeit.

Ihren gemeinnützigen Wesen entsprechend, mußte die „Deutsche Volksversicherung“ darauf bedacht sein, ihre Arbeits- und Versicherungsbedingungen den Bedürfnissen der breiten Volksschicht im weitesten Maße anzupassen und alle Bestimmungen auszuschließen, die als unangenehme Härten empfunden werden konnten. Viele Wünsche sind hier zu berücksichtigen, und oft war man im Zweifel, ob man diesen oder jenen Weg wählen sollte. Die junge Gesellschaft die Genugtuung, daß sie unterrichteten und maßgeblichen Kreise übereinstimmend die Tarife und Bedingungen, wie sie endgültig festgelegt worden sind, als Musterleistungen bezeichnet haben. Im besonderen haben zahlreiche maßgebliche Persönlichkeiten ihre Bestätigung darüber zum Ausdruck gebracht, daß die „Deutsche Volksversicherung“ verstanden hat, in der Tarifpolitik altbewährte Wege zu verlassen; lehrt doch die Erfahrung, daß es besser im Wettbewerb einmal eine Waffe aus der Hand zu lassen, wenn man dafür die Gewißheit erlangt, dem Volk für die Dauer etwas Gutes bieten zu können.

Wenngleich die „Deutsche Volksversicherung“ äußerlich dieselben Formen trägt, wie andere Versicherungsunternehmen, so lag es doch auf der Hand, daß sie bei dem Aufbau ihrer Organisation den alten Gesellschaften nicht ohne weiteres anpassen konnte. Die Zusammenarbeit mit den zahlreichen Vertragsorganisationen der Vertreter der Gründergesellschaften, die zu einem großen Teile in dankenswerter Weise dem Unter-

nehmen ihre Kräfte widmen, stellten die Gesellschaft bei dem Aufbau ihrer Organisation vor neue Aufgaben. Die „Deutsche Volksversicherung“ hat es vorgezogen, auch hier nicht Sprunghaft und übereilt, sondern planmäßig vorzugehen und ruhig aber stetig von unten auf zu bauen. Sie hat sich von der Erkenntnis leiten lassen, daß eine gesunde Entwicklung nur allzu leicht durch anfängliche Fehltritte geschädigt werden kann. Sicherlich hat mancher eine schnellere Entwicklung erhofft; auch gibt es Gegner genug, welche der Gesellschaft noch heute die Aussichten auf Erfolg abstreifen möchten. Beide Teile wird die Zukunft lehren, daß die „Deutsche Volksversicherung“ bei dem Aufbau ihrer Organisation die richtigen Wege gegangen ist.

Infolge der erheblichen Vorarbeiten konnte die „Deutsche Volksversicherung“ den planmäßig vorzunehmenden Versicherungsbetrieb naturgemäß erst im Herbst des vergangenen Jahres aufnehmen. Mit den bisherigen Erfolgen kann die Gesellschaft zufrieden sein. Die von Monat zu Monat steigende Zahl der eingehenden Anträge eröffnet für die Zukunft die besten Aussichten, und die immer wachsende Anteilnahme aller Beteiligten draußen im Lande gewährt die Sicherheit, daß Rückschläge nicht zu erwarten sind. Der Wettbewerb mit den übrigen bürgerlichen Volksversicherungsunternehmen vollzieht sich erfreulicherweise in ruhigen Formen. Eine Ausnahme davon machen zurzeit leider noch die Beziehungen zu den öffentlichen Lebensversicherungsanstalten, die der „Deutschen Volksversicherung“ die Gleichberechtigung nicht zubilligen wollen und es für richtig befunden haben, die Güte ihrer eigenen Einrichtungen durch ungerechtfertigte Angriffe auf andere zu erweisen. Die „Deutsche Volksversicherung“ hat diesen ihr aufgezwungenen Kampf unter Vermeidung jeder übergelassenen Schärfe geführt. Sie wird sich auch in Zukunft durch Unschlichkeiten auf der Gegenseite darin nicht beeinflussen lassen. Getragen von der Ueberzeugung, daß auf deutscher Erde Raum für beide Teile ist, kann die „Deutsche Volksversicherung“ diesen Dingen um so ruhiger zusehen, als sie in immer steigendem Maße das Vertrauen der Kreise erwirbt, für die sie zu arbeiten berufen ist.

Die „Deutsche Volksversicherung“ ist kein politisches, wohl aber ein nationales Unternehmen. Sie hat daher vom ersten Tage ihres Bestehens die Bestrebungen der „Volkssicherung“, in der sich die Sozialdemokratie eine neue wirtschaftliche Waffe schmieden wollte, in Wort und Schrift bekämpft. Wenn sich heute allenthalben im deutschen Volke die Erkenntnis von dem wahren Wesen der „Volkssicherung“ Bahn gebrochen hat, so trägt das Verdienst daran zu einem großen Teile die „Deutsche Volksversicherung“, welche keine Gelegenheit hat vorbegehen lassen, aufklärend zu wirken. Als eine besondere Anerkennung kann sie die Schmähungen und Verdächtigungen buchen, mit denen die Sozialdemokratie sie überhäuft.

Die Grundlagen für eine gesunde Entwicklung sind in diesem ersten Jahre gelegt worden. Für des Volkes Wohl wird die „Deutsche Volksversicherung“ fortan weiter wirken; sie wird sich dabei der tätigen Förderung durch alle die Kreise zu erfreuen haben, welche die hohe soziale und nationale Bedeutung des Unternehmens zu würdigen wissen. Die Arbeit hat begonnen; daß sie erfolgreich weitergeführt wird, dafür bürgen die lebendigen Kräfte, welche sich in so überwältigender Fülle in der „Deutschen Volksversicherung“ vereinigt haben.

Volkswirtschaftliches und Soziales

Der Arbeitsmarkt im Januar 1914. Die Gesamtlage auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt hat sich nach dem „Reichsarbeitsblatt“ gegenüber dem Vormonat weiter abgeklärt, gegenüber dem Januar 1913 erheblich verschlechtert.

Auf dem Ruhrkohlenmarkt wurde die für die Vormonate berichtete Abschwächung durch den andauernden Frost, der die Schifffahrt unmöglich machte, noch verschärft. Im ober- und niederschlesischen Bergbau war die Lage günstiger; hier herrschte nach wie vor Arbeitermangel. Auf die Lage im Braunkohlenbergbau übte das Frostwetter naturgemäß einen günstigen Einfluß aus; die Heizkraft der Kohle lag auch hier immer noch über dem Arbeitermangel. Die Rohmetallindustrie klagt vielfach über das Anwachsen der Vorräte auf den Hochöfen. Die Stahl- und Walzwerke berichten gleichfalls über einen schwachen Geschäftsgang, der häufig Preisrückgängen notwendig machte; selbst in Oberschlesien ist die starke Nachfrage nach Arbeitskräften gewichen. Die Maschinenindustrie meldet ebenfalls vielfach einen Rückgang des Geschäftsganges; der Holomotorenbau war hingegen befriedigend, der Automobilbau im allgemeinen gut beschäftigt. Auch in der elektrischen Industrie fand im allgemeinen eine Abschwächung statt; das Angebot an Arbeitskräften war insbesondere in den Großstädten größer als die Nachfrage. Die wichtigsten Zweige der chemischen Industrie waren nach wie vor gut beschäftigt. In der Textilindustrie blieben die Verhältnisse nach wie vor unbefriedigend; aus fast allen Gegenden Deutschlands wird ein Lieferungsangebot an Arbeitskräften berichtet. Verschiedene Zweige des Bekleidungs-gewerbes erlitten infolge Saisonbeginnes eine Belebung.

Im Baugewerbe war die Beschäftigung im Monat Januar infolge des Frostweters sehr ruhig; erst gegen Ende des Monats trat nach den Berichten der „Industrie-Zeitung“ an einigen wenigen Orten eine leibliche Belebung ein. Im Zusammenhange damit herrschte insbesondere in den Großstädten ein Lieferungsangebot an Arbeitskräften. Nach der neu geordneten Berichterstattung der Krankenkassen über den Beschäftigungsgrad ergab

Trockene Räume durch Anwa-Zusatz zum Zementmörtel.
Dichtet und desinfiziert den Zementmörtel.
Vom Kgl. Material-Prüfungsamt Groß-Lichterfeld geprüft auf einen Wasserdampfdruck von 6,84 Atmosphären. Sehr ausgiebig und billig. Muster und Prospekt Nr. 612bl gratis.
A. W. Andernach, Beuel a. Rhein.

sich vom 1. Januar zum 1. Februar eine Zunahme der versicherten Mitglieder um 5,7 v. H.

Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der berichtenden Arbeiterverbände hielt sich im Januar ungefähr auf der Höhe des Vormonats. Unter den 2000 918 Mitgliedern von 48 Fachverbänden waren im Januar 1914 arbeitslos 4,7 v. H. gegen 4,8 v. H. im Dezember 1913 und 3,2 v. H. im Januar 1913.

Von der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitnehmer entfielen im Januar auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 236 Arbeitssuchende gegen 218 im Vorjahr; im Vorjahr besaßen sich die entsprechenden Zahlen auf 191 und 175. Bei den weiblichen Personen kamen auf je 100 offene Stellen 104 Arbeitssuchende gegen 120 im Vormonat; im Vorjahre lauteten die entsprechenden Zahlen 93 und 106. Vom Dezember zum Januar ergab sich bei den männlichen Personen die übliche Verschlechterung nur in größerem Rahmen als im Vorjahr, für die weiblichen Personen die übliche schwache Verbesserung.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betragen im Januar 1914 im ganzen 174 807 678 M.; in dieser Summe sind zum erstenmal auch die Einnahmen der bayerischen Staats- und Privatbahnen mit enthalten. Berücksichtigt man zum Vergleich mit demselben Monat des Vorjahres für 1913 auch letztere Einnahmen, so ergibt sich für den Berichtsmonat ein Rückgang der Einnahmen um 3 939 251 M. Auf 1 Kilometer berechnet, ergibt sich also gegenüber dem Vorjahr eine Mindereinnahme von 95 M. oder 3,28 v. H.

Im reinen Warenverkehr des Spezialhandels, der die Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr sowie zur und nach der Veredelung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im Monat Januar 1914 die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 910,61 Millionen Mark gegen 949,13 Millionen Mark im Januar 1913. Die Ausfuhr einen Wert von 801,13 Millionen Mark gegen 767,19 Millionen Mark im Januar 1913.

Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Bauarbeiten, Entwurfsarbeiten, technische Zeichnungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Bezüge über Bauarbeiten sind so schnell wie möglich einzuliefern.)

Altenstein, den 26. Februar. Einem Akt unglücklicher Rohheit, durch den unser Kollege Spirat (Zimmerer) lebensgefährlich verletzt wurde, bezeugen getreue vier Arbeiter auf dem Neubau der Artilleriekaserne. Infolge des Frostes wurde gestern die Arbeit bis 10 Uhr ausgesetzt. Die vier Arbeiter kamen in betrübtem Zustande zur Arbeit und zerrüttemerten zunächst in der Baubude das Handwerkszeug. Dann begaben sie sich, mit dem Kollegen bewaffnet, auf den Bau, wo unser Kollege mit noch einem anderen arbeitete. Unser Kollege, der als durchaus ruhig gilt, wollte vor seinen Angehörigen flüchten und griff nach einem Drahtseil, um sich an demselben herabzulassen. Hierbei stürzte er vom dritten Stockwerk in den Keller, wo er bewußtlos liegen blieb. Die Verfolger unseres Kollegen wurden sofort verhaftet. Der Kollege wurde ins Krankenhaus gebracht und dürfte kaum mit dem Leben davontommen.

Geisele. (Bauunfall.) Am 20. Februar berunglückte der Maurerpolier Wilhelm Röttingen am Neubau Hans & Lenze am Hölzer Weg. Der Bau war gerichtet. Röttingen ist vom zweiten Stock abgestürzt und schlug auf die Ladung des Bezes. Er erlitt einen Schädelbruch, Armbruch, Beinbruch und Bruch des Rückgrates. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht und ist am anderen Tage, dem 21. Februar, gestorben. Ueber die Ursache des Unglücks ist bis jetzt noch nichts Genaues bekannt.

Bekanntmachungen

Verwaltungsstelle Mannheim-Ludwigshafen.

Alle Kollegen, welche nach Mannheim oder Ludwigshafen zureisen und in Arbeit treten, werden ersucht, sich sofort anzumelden.

In Mannheim melden sich die Kollegen im Verbandsbureau R. 1. 16. (Kath. Gefellenhaus). Das Bureau ist geöffnet Montags, Mittwochs und Freitags von 8 bis 1 Uhr und von 3-9 Uhr.

In Ludwigshafen melden sich die Kollegen in der Wirtschaft „Zur frischen Quelle“ (Versammlungslokal, Frießenheimer Str. 119, Inhaber Kollege Valthasar Gahl. Zur Erledigung der Kassierergeschäfte wende man sich an Kollegen Konrad Ruber, Gellertstr. 48 I.

Der Verwaltungsstellen-Vorstand.
J. K.: Josef Fischer.

Bezirk Breslau.

Mit Genehmigung des Zentralvorstandes findet Sonntag, den 29. März, vormittags 10 Uhr beginnend, in Breslau, Neue Gasse 29 (Ruhbaumauschank), unsere diesjährige Bezirkskonferenz statt.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Bezirksleiters.
2. Bericht der Delegierten.
3. Stand und Entwicklung der Tarifverträge.
4. Koalitionsrecht und Sozialpolitik.
5. Erledigung der Anträge und Verschiedenes.
6. Neuwahl des Bezirksvorstandes.

Jede dem Bezirk angehörende Verwaltungsstelle ist laut Statut verpflichtet, mindestens einen Delegierten zu dieser Konferenz zu entsenden. Ebenso erwarten wir dies von den einzelnen selbstständigen Zahlstellen. Die Delegierten haben über den Stand ihrer Verwaltungsstelle zu berichten. Wählt eine Verwaltungsstelle mehrere Delegierte, so ist auf die einzelnen Berufe Rücksicht zu nehmen. Die Wahl der Delegierten muß möglichst bald vorgenommen werden und sind die Adressen der Gewählten sowie etwaige Anträge bis spätestens zum 22. März dem Bezirksleiter einzureichen. Der Konferenz wird ein Zentralvorstandsmitglied beizubehalten.

Der Bezirksvorstand.

J. A.: Franz Gottschall, Bezirksleiter, Breslau I, Kreuzstr. 111.

Verwaltungsstelle Strausberg.

Zureichende Kollegen wollen sich beim Kassierer Kollegen Gerlach, Spichplatz 8, melden.

Dringende Bitte der Redaktion

Durch die starke Verschiebung der Mitgliederzahlen im Frühjahr in den einzelnen Orten infolge der Zu- und Abwanderung, tritt fast wöchentlich eine Verschiebung in der benötigten Anzahl der Verbandsorgane ein. Aus diesem Grunde bitten wir dringend darum, die Einstellungen an die Expedition der 'Baugewerkschaft' nicht nur dann zu richten, wenn Verbandsorgane mehr, sondern auch wenn weniger gebraucht werden. Eine häufigere Umbestellung ist sehr rentabel, da eine hohe Ueberanfrage einige Tausend Mark pro Jahr verschlingt. Insbesondere werden die Leiter der Winterzahlstellen gebeten, bei der Abreise der Kollegen die 'Baugewerkschaft' abzubestellen.

Verammlungskalender

Verwaltungsstelle Luckau.
Sonntag, den 7. März, Versammlung in Beesdau, abends 6 Uhr, beim Gastwirt Kautenstod.
Sonntag, den 8. März, Versammlung in Schlaabendorf, vormittags 11 Uhr, beim Gastwirt Lott.

Sonntag, den 8. März, Versammlung in Buchholz, im Schützenhause.
In Gehren und Wüstermarkte finden ebenfalls Versammlungen statt.
J. A.: R. Krüger, 1. Vorsitzender

Sterbetafel.

Am 5. Februar starb plötzlich unser treuer Kollege Eibert Hebbelmann im Alter von 29 Jahren.
Zahlstelle Haren (Ems).
Am 9. Februar starb unser Kollege Franz Meier im Alter von 54 Jahren an Herzschlag.
Zahlstelle Reheim.
Am 13. Februar starb unser treuer Kollege, der Bauarbeiter Johann Keller aus Sedenheim infolge Krebsleiden der Organe und der Bauchhöhle.
Verwaltungsstelle Rhm.-Ludwigshafen.
Am 14. Februar starb unser in seiner Heimat zu Gions (Wosen) weilendes Mitglied Kaspar Gührzki am Herzschlag.
Zahlstelle Bochum (Maurer und Bauhilfsarbeiter).
Am 18. Februar, morgens gegen 9 Uhr, geriet unser Kollege Maurer Franz Hergenroder aus Kerbesdorf, Kreis Schlüchtern, zwischen die Räder zweier Eisenbahnwaggons, sodaß der Tod auf der Stelle eintrat. Er stand im 35. Lebensjahre. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Zahlstelle Buer-Ehle i. Westf.
Am 25. Februar starb unser treues langjähriges Mitglied und Mitarbeiter Wilhelm Kropp infolge Lungenkrankheit im Alter von 24 Jahren.
Zahlstelle Dorstfeld.
Ehre ihrem Andenken!

Tragen Sie kein Bruchband.

Nach einer 30-jährigen Erfahrung habe ich für Männer, Frauen und Kinder einen Apparat erfunden, welcher Bruch unheilbar beseitigt.

Ich sende Ihnen auf Probe.

Wenn Sie alles mögliche probiert haben, kommen Sie zu mir. Was anderes mißlingt, da habe ich den größten Erfolg. Senden Sie nach keine beiliegenden Abschnitte, so schicke ich Ihnen postfrei mein illustriertes Buch über Bruch und seine Beseitigung, aus welchem Sie neben Apparat und Namen vieler Personen ersehen können, welche denselben versucht haben und mir unendlich dankbar sind.



C. E. Brooks, welcher seit mehr als 30 Jahren Bruch beseitigt. Falls Sie an Bruch leiden, schreiben Sie ihm noch heute.

Es hilft sofort, wenn alle anderen Mittel versagen. Versagen Sie nicht, das ich weder Salben, noch Harzmittel, noch Lagen anwende. Ich fertige es nach Ihrem Maß an und sende es Ihnen unter unbedingter Garantie zu, daß es Ihnen gefällig, oder gebe Ihnen das Geld zurück, und ich habe meinen Preis so niedrig gestellt, daß jedermann reich oder arm, den Apparat kaufen kann. Ich sende ihn auch auf Probe, um zu zeigen, daß ich die Wahrheit spreche. Sie können selbst ersehen, und wenn Sie einmal mein illustriertes Buch gesehen und gelesen haben, werden Sie ebenso begeistert davon sein wie die Tausende meiner Patienten, deren Briefe in meinem Brevier eingesehen werden können. Füllen Sie daher untenstehenden Freikupon aus und senden Sie ihn noch heute ab.

Gratis Informationskupon.

C. E. Brooks, 1115 Bank Buildings, Kingsway, London, W. C., England. Senden Sie mir bitte in unbedrucktem Kuvert Ihr illustriertes Buch und sendet mir Auskunft zu Ihrem Apparat z. Beseitig. d. Bruchs.

Name:
Adresse:
Postamt: 1115

Erwidern Sie nach England in 20 Pf.

Wichtig für Bauhandwerker

sind Bogenkonstruktionen, das Berechnen des Bogenradius (Kreisabschnitt), Ellipsen mit der Schraube zu ziehen, verschiedene Korbbogenkonstruktionen usw. Preis M. 1.-

Die Treppenbaukunst, hauptsächlich erläutert das Einsteilen, Anreihen und das Verziehen der Stufen, sowie Krümmung aus Langholz. Preis M. 3.-

Die Dachbedeckung aus Modifizieren in 1/2 der natürlichen Größe dargestellt (sehr lehrreich), 7 Blatt Zeichnungen. Preis M. 4.-

Bei Sammelbestellung bedeutende Preisermäßigung. Zu beziehen von

H. Lichtenfeld, Ruyharkt 1, Westf.

NATIONAL Für jeden Radfahrer unentbehrlich. Includes an image of a bicycle wheel and text about bicycle tires.

Novella wirkt wunderbar! Herr J. Weiss, Kaufmann i. Mainz schreibt uns: 'Ihr Bartwaxmittel Novella Nr. II hat bei mir wunderbar gewirkt...' Includes an image of a man's face.

Licht-Hingong... Includes an image of a matchbox and text about matches.

ERNST HESS Harmonika-Fabrik... Includes an image of an accordion.

Teilzahlung Uhren und Goldwaren, Photo-, optische Artikel, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Zithern usw. Includes an image of a pocket watch.

Wart Sie sich nicht... Includes an image of a hand holding a tool.

Prachtvolle Uhr umsonst. Senden Sie uns Ihre Adresse, u. wir senden Ihnen franko 25 Stück wundersch. Schmucksachen... Includes an image of a pocket watch.

Diese gute 6-Pfg.-Zigarre kostet bei mir nur 3 Mark per 100 Stück... Includes an image of a cigar.

Wenn nicht 2 ff. ge... Aale. Dose 14 fette Oelsard, Lachs... Includes an image of a fish.

Kuhkäse... Kiste 100 Stück... Includes an image of a cheese wheel.

Beachtet die Inserate in der Baugewerkschaft... Includes an image of a newspaper page.

Eine Uhr schenken wir Ihnen... Wenn Sie unsere 100 Ansichtskarten im... Includes an image of a pocket watch.

Eimer bis 85 Heringe... Wenn nicht 85 bis 100... Includes an image of a fish.

Verammlungs- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zahlstellen... Lists various locations and dates for meetings.

Verammlungs- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zahlstellen... Lists various locations and dates for meetings.

Uhr schenke... Wenn Sie unsere 100 Ansichtskarten... Includes an image of a pocket watch.